

RAHMENSTOFFPLAN

**FÜR DIE VORBEREITENDE AUSBILDUNG
DER GERICHTSVOLLZIEHERBEWERBE-
RINNEN UND GERICHTSVOLLZIEHERBE-
WERBER, DIE NICHT AUS DER 2. QUALI-
FIKATIONSEBENE STAMMEN**

Stand: 15. April 2021

Vorbemerkung

I. Allgemeines

Der Rahmenstoffplan legt den Inhalt der vorbereitenden Ausbildung für die Gerichtsvollzieherbewerberinnen und Gerichtsvollzieherbewerber, die nicht aus der 2. Qualifikationsebene stammen, gemäß der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Justizwachtmeister-, Justizfachwirte-, Gerichtsvollzieher und Rechtspflegerdienst (Ausbildungsordnung Justiz -ZAPO J-) fest. Eine vollständige Aufzählung der Lehrgegenstände ist nicht vorgesehen.

Im Interesse einer gleichmäßigen Ausbildung aller Gerichtsvollzieherbewerber ist der Lehrplan hinsichtlich des zu vermittelnden Lehrstoffes verbindlich. Innerhalb des abgesteckten Rahmens soll er die pädagogische Eigeninitiative der Lehrkräfte nicht einschränken.

II. Kriterien der Stoffplangestaltung

1. Inhalt

Die vorbereitende Ausbildung soll den Gerichtsvollzieherbewerbern, die nicht aus der 2. Qualifikationsebene kommen, die wesentlichen Kenntnisse aus der Ausbildung für den Justizfachwirdienst vermitteln, soweit sie für die Gerichtsvollzieherausbildung erforderlich sind.

2. Gliederung der vorbereitenden Ausbildung

Die vorbereitende Ausbildung beinhaltet folgende Abschnitte:

Einführung beim Amtsgericht	1 Woche
Fachtheoretischer Lehrgang an der Bayerischen Justizakademie	4 Monate
Hospitation bei Gericht	7 Wochen

3. Zeitvorgaben

Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten.

Die Stundenzahlen für die einzelnen Lehrgebiete im vorbereitenden Lehrgang an der Justizakademie sind Richtwerte, die die Gewichtung und Intensität, mit der ein Fach zu unterrichten ist, verdeutlichen sollen.

Die Zeitvorgaben für die Themenbereiche innerhalb eines Lehrgebiets sind Richtwerte und sollen den Lehrkräften Anhaltspunkte für den Umfang und die Intensität der Wissensvermittlung bieten.

4. Klausuren

Die Bearbeitungszeit für die Klausuren im Rahmen des vorbereitenden Lehrgangs an der Justizakademie beträgt für fünf Klausuren (Zivilrecht, Strafrecht, zwei Zwangsvollstreckungsrecht, Klausur aus dem FamFG, je einfache Wertung) zwei Stunden (à 60 Min.) und für eine Klausur (Zivilrecht), die bei der Feststellung des Lehrgangsergebnisses doppelt gewertet wird, vier Stunden (à 60 Minuten). Der Inhalt der Klausuraufgaben erstreckt sich auf das gesamte Lehrgebiet.

5. Mündliche Note

In dem fachtheoretischen Lehrgang wird eine mündliche Note vergeben. Diese Note geht in die Gesamtbewertung des Lehrgangs wie eine Klausur mit einfacher Wertung ein. Die mündliche Note wird in einer Notenkonferenz gebildet. Sie umfasst insbesondere die Mitarbeit im Unterricht.

6. Zeugnis

Am Ende der fachtheoretischen Ausbildung erstellt die Leitung der Bayerischen Justizakademie ein Zeugnis über die Ergebnisse des Lehrgangs. Das Zeugnis schließt mit einer Gesamtnote ab. Die Gesamtnote errechnet sich aus der Gesamtnotensumme der drei fünf Klausuren (2-stündig) mit einfacher Wertung, der Klausur mit doppelter Wertung (4-stündig) und der mündlichen Note geteilt durch acht. Das Zeugnis wird entsprechend dem unter XVII. enthaltenen Muster erstellt.

III. Inkrafttreten

Der Rahmenstoffplan tritt am 15. April 2021 in Kraft.

INHALTSVERZEICHNIS

I.	EINFÜHRUNG UND HOSPITATION BEIM AMTSGERICHT	7
II.	EINFÜHRUNG IN DAS RECHT	8
III.	ZIVILRECHT	10
IV.	ZIVILPROZESSRECHT	21
V.	STRAFRECHT	35
VI.	FORMELLES KOSTENRECHT	48
VII.	GRUNDBUCHRECHT	57
VIII.	STRAFVERFAHRENSRECHT/STRAFVOLLSTRECKUNG	65
IX.	HANDELS- UND REGISTERRECHT	80
X.	NACHLASSRECHT	91
XI.	STAATS-UND VERWALTUNGSRECHT	102
XII.	BEAMTENRECHT	107
XIII.	ZWANGSVOLLSTRECKUNGSRECHT	115
XIV.	FAMILIENRECHT	134
XV.	FAMFG – ALLGEMEINER TEIL	142
XVI.	VERWALTUNG DES SCHRIFTGUTES IN JUSTIZVERWALTUNGSANGELEGENHEITEN	152
XVII.	HAUSHALTS- UND KASSENWESEN	154
XVIII.	MUSTER ZEUGNIS	163

Gliederung der vorbereitenden Ausbildung

April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Einführung beim Amtsgericht (1 Woche)	Fachtheoretischer Lehrgang an der Bayerischen Justizakademie				Fortsetzung Fachtheoretischer Lehrgang	Hospitation bei Gericht
					Hospitation bei Gericht	Hospitation bei Gericht

Gesamtübersicht

über die in den einzelnen Lehrgebieten vorgesehenen Unterrichtsstunden und Klausuren

Ausbildungsabschnitt Lehrgebiet	Stunden	Klausuren
Einführung beim Amtsgericht	1 Woche	
Fachtheoretischer Lehrgang an der Bayerischen Justizakademie	Gesamt 437	6
- Allgemeine Einführung in das Recht	15	
- Staats- und Verwaltungsrecht	21	
- Beamtenrecht	12	
- Zivilrecht (BGB Allgemeiner Teil, Schuldrecht, Sachenrecht)	66	2 (davon 1 vierstündige Klausur, die die Fachgebiete Zivilrecht, Familienrecht, Nachlassrecht und Zivilprozessrecht abdecken soll)
- Familienrecht	39	1 (Klausur aus dem FamFG, umfasst Familienrecht, Nachlassrecht, Grundbuchrecht, Handels- und Registerrecht)
- FamFG AT	18	
- Nachlassrecht	24	
- Zivilprozessrecht	48	
- Zwangsvollstreckungsrecht	48	2
- Handels- und Registerrecht	30	
- Grundbuchrecht	24	
- Strafrecht	36	1 (umfasst auch das Fachgebiet Strafverfahrensrecht und Strafvollstreckung)
- Strafverfahrensrecht/Strafvollstreckung	27	
- Verwaltung des Schriftgutes in Justizverwaltungsangelegenheiten	6	
- Formelles Kostenrecht	12	
- Haushalts- und Kassenwesen	3	
- 2 Übungsklausuren Zivilrecht 2 Std. und Besprechung der Übungsklausuren	4 4	
Hospitation bei Gericht	7 Wochen	----

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
-----------	----	--------------	-------

I. **EINFÜHRUNG UND HOSPITATION BEIM AMTSGERICHT**

In diesen insgesamt acht Wochen (davon ca. eine Woche Einführung) soll den Bewerbern Gelegenheit gegeben werden, die verschiedenen Abteilungen eines Amtsgerichts und deren Aufgaben kennenzulernen. Der Schwerpunkt soll hier in einer betreuten Hospitation bei der Abteilung für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und dem Vollstreckungsgericht liegen. In jeder Abteilung werden den Bewerbern die Aufgaben, der Verfahrensablauf und die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen erläutert. Weiter soll ein Überblick über die verschiedenen Gerichtsbarkeiten vermittelt werden.

Die Bewerber erhalten während der einwöchigen Einführung Informationen zum Ausbildungsablauf. Ihnen ist auch der Aufbau der Gerichtsorganisation zu erläutern sowie ein Überblick über die verschiedenen Zweige der Gerichtsbarkeit und deren Aufgaben zu geben (Begleitunterricht: 6 UE).

In der siebenwöchigen Hospitationsphase soll den Bewerbern ein Einblick in die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen des Amtsgerichts vermittelt werden. Um Einblick in die Aufgaben des Gerichtsvollziehers im Innen- und Außendienst zu erhalten, sind die Bewerber bis zu zwei Tage einem Gerichtsvollzieher zuzuweisen.

Durch einen 6 Unterrichtseinheiten umfassenden Begleitunterricht werden die Bewerber auf die Leistungsfeststellung in Form der mündlichen Prüfung vorbereitet und mit der besonderen Prüfungssituation vertraut gemacht. Die konkrete Ausgestaltung und Durchführung der Hospitation obliegt den Oberlandesgerichten.

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
II. EINFÜHRUNG IN DAS RECHT			
1 Allgemeine Einführung in das Recht	15		
1.1 <i>Lern- und Arbeitstechnik</i>	3		
Hinweise zur Lernorganisation wie:			
<ul style="list-style-type: none"> • Genügende Arbeitsfläche, Regal, Arbeitsmittel in unmittelbarer Reichweite • Gesetzestexte, Nachschlagewerke, Skripten, Kalender/Terminplaner • Bibliotheken, Internetrecherche, Lernsoftware • Störungen beseitigen (Telefonate, Gespräche, Musik, Ablenkungen, Lärm) • Lernzeiten und -pausen planen, Leistungskurve über den Tagesverlauf ermitteln • Persönlichen Lernplan nach Fachgebieten, Lern- und Pausenzeiten erstellen 			
Hilfsmittelbekanntmachung besprechen			
1.1.1	Einführung in die juristische Methodenlehre	6	
1.1.2	Juristische Fragestellungen:		
<ul style="list-style-type: none"> • Der Begriff Recht mit den verschiedenen Einteilungen • Die Rangordnung der Rechtsnormen • Der Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Recht anhand von Beispielen 			
1.1.3	Die juristische Methode der Falllösung:		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Ermitteln von Anspruchsgrundlagen, deren Voraussetzungen und Rechtsfolgen aus dem Gesetz • Die Schritte der Subsumtion • Am Beispiel eines Vertrages im Detail den Sachverhalt unter die Anspruchsvoraussetzungen subsumieren 			
<p>1.1.4 Die Methoden der Auslegung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die wörtliche Auslegung und Begriffsbestimmung • Die systematische Auslegung • Die teleologische Reduktion • Die Analogie 			
<p>1.1.5 Ermessensspielraum</p>			
<p>1.2 Klausurtechnik</p>	3		
<p>1.2.1 Hinweise zum Vorgehen bei Klausuren, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einen Sachverhalt überschauen und verstehen • Eine Lösungsskizze fertigen können • Die Klausur inhaltlich richtig aufbauen • Die Lösung je nach Fragestellung ausreichend mit den entscheidenden Rechtsvorschriften begründen und zu rechtlichen Problemen (gutachtlich) Stellung nehmen bzw. die eigene Schlussfolgerung begründen • Die äußere Form der Klausur beachten (Lesbarkeit, Nummerierung der Seiten etc.). 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
III. ZIVILRECHT			
1 Aufbau des BGB nach Inhaltsverzeichnis - Einteilung in fünf Bücher	3		
1.1 Grundgedanken und Funktion des BGB (Privatrecht, Privatautonomie)			
1.2 Begriffsdefinitionen:			
<ul style="list-style-type: none"> • Vertragsfreiheit • Abstraktionsprinzip • Schuldrecht • Sachenrecht • Eigentum • Besitz 			
1.3 Wer kann wie am Rechtsverkehr teilnehmen: Rechts-, Geschäfts- und Deliktsfähigkeit (Handlungsfähigkeit)	6		
1.4 Natürliche Personen (verschiedene Altersstufen)			
1.5 Anhand der natürlichen Personen erklären:			
1.5.1 Geschäftsfähigkeit (wirksam Rechtsgeschäfte vornehmen können)		§§ 104-113 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Unbeschränkte Geschäftsfähigkeit • Geschäftsunfähigkeit • Beschränkte Geschäftsfähigkeit • Zustimmung zu Rechtsgeschäften des beschränkt Geschäftsfähigen 		§§ 182-184 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Lediglich rechtlicher Vorteil • Taschengeldparagraf • Kleine Fälle mit Minderjährigen 			
1.6 <i>Juristische Personen</i>	1		
1.6.1 Arten (eingetragener Verein, Stiftungen, AG, GmbH (UG), e.G.)			
1.6.2 Abgrenzung zum nicht eingetragenen Verein und zur BGB-Gesellschaft (keine juristischen Personen) zu OHG und KG (keine juristischen Personen, aber gesetzliche Wirkung der juristischen Person angenähert)			
1.6.3 Entstehung der juristischen Personen (Erlangung der Rechtsfähigkeit)			
1.6.4 Vertretung der juristischen Person durch gesetzliche Vertreter bzw. Organe (allgemein)			
1.7 <i>Wohnsitz, Sitz (Begriff des Aufenthaltsortes)</i>	1	§§ 7-11 BGB	
1.8 <i>Deliktsfähigkeit</i>			
1.8.1 Unerlaubte Handlung kurz ansprechen (Abgrenzung zum strafrechtlichen Gesichtspunkt)			
1.8.2 Deliktsfähigkeit beim Minderjährigen und beim Volljährigen, nicht bei juristischen Personen (nur deren Organe)			
1.9 <i>Rechtsgeschäftslehre</i>			
1.9.1 Grundbegriffe	1		
<ul style="list-style-type: none"> • Rechtlich erhebliche Handlung, Handlungsbegriff • Arten von Rechtsgeschäften 			
1.9.2 Empfangsbedürftige und nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	1	§ 130 BGB	
1.9.3 Abgabe und Zugang von Willenserklärungen (Widerruf)			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
1.9.4			
1.9.5			
2	1		
Verträge			
2.1.1			
Entstehen von Verträgen (mehrere übereinstimmende Willenserklärungen - Antrag und Annahme, Bindung an den Antrag)			
2.1.2			
Grundsätzlich formlos			
2.1.3			
Ein- und mehrseitige bzw. ein- und mehrseitig verpflichtende Rechtsgeschäfte bzw. Verträge			
3	6		
Vertretung, Vollmacht		§§ 164, 165, 166 Abs. 2, 167, 168, 177 BGB	
3.1			
Arten			
3.1.1			
Gewillkürte und gesetzliche; verschiedene gesetzliche Vertreter benennen, u.a.			
• Eltern		§§ 1626, 1629 BGB	
• Vormund		§ 1793 BGB	
• Betreuer		§ 1902 BGB	
• Vereinsvorstand		§ 26 BGB	
3.1.2			
Erteilung und Widerruf der Vollmacht		§§ 166 Abs. 2, 167, 168 BGB	
3.1.3			
Unterschied Vertreter/Bote (Vertretungsmacht)			
3.1.4			
Vertreter ohne Vertretungsmacht (Parallele zum Minderjährigen bei der Zustimmung)		§ 177 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
4 Bedingung und Befristung	3	§§ 158, 161, 163 BGB	
5 Fristen			
5.1.1 Arten von Fristen (gesetzliche, richterliche und vereinbarte Fristen)			
5.1.2 Fristberechnungsvorschriften		§§ 186-193 BGB	
5.1.3 Fälle zur Fristberechnung			
6 Verjährung	1	§§ 194 ff. BGB	
6.1 <i>Begriff (Rechtsfolgen)</i>			
6.2 <i>Verjährungsfristen</i>			
6.3 <i>Hemmung</i>			
6.4 <i>Ablaufhemmung</i>			
6.5 <i>Neubeginn</i>			
7 Schuldrecht (gegliedert in allgemeinen und besonderen Teil)	21		
<ul style="list-style-type: none"> • Steht unter dem Grundsatz der Vertragsfreiheit (Privatautonomie) • Das Recht der Schuldverhältnisse bzw. der Leistungspflichten des Schuldners gegenüber dem Gläubiger (auch in Form von Dulden und Unterlassen) • Bietet Anspruchsgrundlagen aus den verschiedenen Verträgen, aber auch gesetzliche Anspruchsgrundlagen • Soweit Vorschriften im besonderen Teil vorhanden sind, gehen sie denen aus dem allgemeinen Teil vor, gibt es keine speziellen Vorschriften oder Vereinbarungen, gilt der allgemeine Teil des Schuldrechts 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
7.1	Schuldrecht - Allgemeiner Teil		
7.1.1		§ 241 Abs. 1, § 311 Abs. 1 BGB	
7.1.2		§§ 433, 535, 598, 611, 631, 765 BGB	
7.1.3		§ 243 Abs. 1 BGB	
		§ 244 BGB	
7.1.4		§ 271 BGB	
7.1.5		§ 269 BGB	
		§ 270 BGB	
7.1.6		§ 276 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Grundsätzlich Naturalrestitution, Geldersatz nur, wenn dies nicht möglich ist 		§§ 249 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Bei immateriellem Schaden nur dann Ersatz in Geld, wenn eine Vorschrift dies aussagt (Schmerzensgeld) 		§ 253 BGB	
7.1.7 Erlöschen von Schuldverhältnissen			
<ul style="list-style-type: none"> • Erfüllung 		§§ 362 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Reihenfolge der Verrechnung 		§ 366 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • An Erfüllung statt, erfüllungshalber 		§ 364 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Quittung 		§§ 368, 370 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Einrede der Nichterfüllung 		§ 320 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Beim gegenseitigen Vertrag Verurteilung zur Erfüllung Zug um Zug 		§ 322 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Hinterlegung 		§§ 372 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Bei der Hinterlegungsstelle des Amtsgerichts 		Art. 2 Abs. 2 BayHintG, §§ 374, 269 BGB, § 30 RPfIG	
<ul style="list-style-type: none"> • Hinterlegung als Erfüllung 		§§ 378, 362 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Hinterlegung als Sicherheitsleistung 		§ 108 Abs. 1 ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Erlass = Vertrag (Hinweis: weitere Erlöschungsmöglichkeiten sind gegeben) 		§ 397 BGB	
7.1.8 Pflichtverletzung des Schuldners		§ 280 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Arten (Definition, Voraussetzungen) 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
○ Unmöglichkeit			
○ Schlechtleistung			
○ Spätleistung (Schuldnerverzug)		§§ 280 Abs. 2, 286 BGB	
○ Verletzung sonstiger (Neben-)Pflichten		§ 241 Abs. 2 BGB	
• Vertreten der Pflichtverletzung		§§ 276, 278 BGB	
• Folgen der Pflichtverletzung			
○ Schadensersatz/Aufwendungsersatz neben der Leistung		§ 280 Abs. 1 BGB	
○ Besondere Folgen bei Verzug			
○ Verzugszinsen		§ 288 BGB	
○ Erlass eines Mahnbescheids gegen den Schuldner ist möglich		§§ 688 ff. ZPO	
○ Erweiterte Haftung des Schuldners		§ 287 BGB	
○ Gläubigerverzug mit Folgen:		§§ 293 ff. BGB	
- Wegfall des Anspruchs auf weitere Verzinsung		§ 301 BGB	
- Haftungsminderung auf der Gegenseite		§ 300 Abs. 1 BGB	
- Besonderer Zeitpunkt des Gefahrübergangs bei der Gattungsschuld		§ 300 Abs. 2 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
- Schuldner kann (schuldbefreiend) hinterlegen		§§ 372 ff. BGB, § 383 BGB	
7.1.9 Mehrheiten von Schuldnern und Gläubigern			
• Teilgläubiger und -schuldner (selten)			
• Gesamtgläubiger und -schuldner		§§ 428, 421, 422 BGB	
• Gesamthandsgemeinschaft			
• Arten			
○ BGB-Gesellschaft		§§ 705 ff. BGB	
○ Eheleiche Gütergemeinschaft		§§ 1415 ff. BGB	
○ Erbengemeinschaft		§§ 2032 ff. BGB	
○ Entstehung (vertraglich, gesetzlich)			
○ Beziehung zum Begriff der Streitgenossenschaft		§§ 59 ff. ZPO	
○ Wechsel in der Person von Gläubiger bzw. Schuldner			
○ Beim Gläubiger: Abtretung		§§ 398 ff. BGB, § 835 ZPO	
○ Beim Schuldner: Schuldübernahme		§§ 414 ff. BGB	
7.1.10 Unerlaubte Handlung	6		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Schadensersatz aus unerlaubten Handlungen • Verschulden • Deliktsfähigkeit • Haftung bei Amtspflichtverletzungen • Gefährdungshaftung als Ausnahme vom Grundsatz der Verschuldenshaftung • Haftung für fremdes Verschulden bzw. für den Verrichtungsgehilfen • Exculpationsmöglichkeit des Geschäftsherrn • Verjährung der Schadensersatzansprüche aus unerlaubter Handlung • Kleine Fälle 		§ 823 Abs. 1 BGB, §§ 830 BGB § 276 BGB §§ 828, 829 BGB § 839 BGB §§ 823 ff., 831 BGB § 831 Abs. 1 BGB § 852 BGB	
8			Sachenrecht
8.1			Abgrenzung zum Schuldrecht
8.1.1			Grundsätze <ul style="list-style-type: none"> • Absolutheits-, Publizitäts- und Abstraktionsprinzip • Typenzwang • Bestimmtheitsgrundsatz
8.2			Begriff der Sachen
8.2.1		§ 90 BGB	Bewegliche und unbewegliche Sachen
8.3			Eigentum
8.3.1			Eigentumserwerb

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Arten des Eigentumserwerbs an beweglichen und unbeweglichen Sachen (rechtsgeschäftlich, gesetzlich und kraft Hoheitsaktes) • Übergabeersatz beim Eigentumserwerb an beweglichen Sachen • Eigentumsvorbehalt • Gutgläubiger Eigentumserwerb von Nichtberechtigten 		§§ 929 ff. BGB § 449 BGB §§ 932, 935 BGB	
8.3.2 Rechte des Eigentümers			
<ul style="list-style-type: none"> • Herausgabe der Sache 		§ 985 BGB	
8.4 Besitz			
8.4.1 Besitzerwerb		§ 854 BGB	Abgrenzung zum strafrechtlichen und zwangsvollstreckungsrechtlichen Gewahrsam
8.4.2 Arten von Besitzern			
<ul style="list-style-type: none"> • Mittelbarer und unmittelbarer Besitzer • Eigenbesitzer • Besitzdiener 		§ 868 BGB § 872 BGB § 855 BGB	
8.4.3 Rechte des Besitzers			
<ul style="list-style-type: none"> • Selbsthilfe • Klage wegen Besitzentziehung • Klage wegen Besitzstörung 		§ 859 BGB § 861 BGB § 862 BGB	
9 Ungerechtfertigte Bereicherung	3	§§ 812 ff. BGB	

Ausbildungsabschnitt **Fachtheoretischer Lehrgang** **Unterrichtseinheiten 66**
Lehrgebiet: **Zivilrecht (BGB Allgemeiner Teil, Schuldrecht, Sachenrecht)**

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
9.1 <i>Anhand eines Beispielsfalles (Kaufvertrag mit einem Minderjährigen und anschließender Übereignung) das Abstraktionsprinzips darstellen</i>			
9.2 <i>Wegfall der Bereicherung und Wertersatz</i>		§ 818 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
IV. ZIVILPROZESSRECHT			
1 Einführung	2		
<p>Aufbau der Zivilprozessordnung; Unterscheidung des materiellen Zivilrechts vom formellen Zivilprozessrecht; nach materiellem Recht entsteht ein Anspruch und dieser Anspruch kann nach formellem Recht geltend gemacht werden; Abgrenzung zwischen dem Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren; Ende des Erkenntnisverfahrens in der Regel mit der Erteilung der Vollstreckungsklausel, Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des zivilprozessrechtlichen Verfahrens von der Klageeinreichung bis zur Rechtskraft eines Urteils; Überblick über das Mahnverfahren, das Säumnisverfahren sowie das Verfahren über die Anordnung des Arrestes und der einstweiligen Verfügung; Voraussetzungen für die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung.</p>		<p>§§ 12, 13 GVG, Art. 19, 101 GG</p>	
2 Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit			
<p>Überblick über den Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Abgrenzung von der außerordentlichen Gerichtsbarkeit; Instanzenzug</p>			
3 Parteien des Zivilprozesses	2		
<p>Parteien eines zivilprozessualen Verfahrens; Abgrenzung zwischen Partei- und Prozessfähigkeit. Streitgenossenschaft und Nebenintervention; Begriff der Postulationsfähigkeit</p>			
3.1 Parteifähigkeit			
<p>Begriff der Parteifähigkeit bei natürlichen und juristischen Personen; keine genaueren Kenntnisse der handelsrechtlichen Vorschriften notwendig. Begriffe „aktive und passive Parteifähigkeit“</p>		<p>§§ 50 ZPO, § 1 BGB, §§ 13 GmbHG, § 124 HGB</p>	<p>Zivilrecht, Handels- und Registerrecht</p>
3.2 Prozessfähigkeit			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
Begriff der Prozessfähigkeit; Vertretung prozessunfähiger natürlicher Personen und juristischer Personen in einem gerichtlichen Verfahren durch ihren gesetzlichen Vertreter (anhand von Beispielen)		§§ 51, 52 ZPO, § 1626 Abs. 1, § 1626a, § 1629 Abs. 1, §§ 1793, 1902 BGB, § 35 GmbHG	Zivilrecht, Handels- und Registerrecht
<p>3.3 <i>Postulationsfähigkeit</i></p> <p>Begriff der Postulationsfähigkeit in Abgrenzung zur Partei- und Prozessfähigkeit</p> <p>Umfang und Wirkung einer Prozessvollmacht</p> <p>Unterschied zwischen Parteiprozess und Anwaltsprozess kein Anwaltszwang, für Prozesshandlungen vor dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle)</p>		§§ 78 Abs. 1, 79 Abs. 1 ZPO §§ 80, 88 ZPO § 78 Abs. 3 ZPO	
<p>3.4 <i>Zuständigkeiten</i></p> <p>Verschiedene Zuständigkeiten der Gerichte (sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit) anhand von Beispielen</p>	2		
<p>3.5 <i>Sachliche Zuständigkeit</i></p> <p>sachliche, erstinstanzliche Zuständigkeit des Amtsgerichts in Abgrenzung zu der Zuständigkeit des Landgerichts anhand von Beispielen; Überblick über das Schlichtungsverfahren</p>		§ 1 ZPO, §§ 23, 23a Abs. 1 Satz 1, 71 GVG, §§ 4-9 ZPO, § 6 EGZPO, BaySchlG	
<p>3.6 <i>Örtliche Zuständigkeit</i></p>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
örtliche Zuständigkeit des sachlich zuständigen Gerichts; Abgrenzung des allgemeinen, besonderen und des ausschließlichen Gerichtsstands einer natürlichen und juristischen Person; Wahlrecht zwischen mehreren Gerichtsständen		§§ 12, 13 ZPO, §§ 7-11 BGB, §§ 16-18, 20, 21, 29 ZPO, §§ 269, 270 BGB, §§ 32, 35, 29a, ZPO	
3.7 <i>Ursprüngliche und nachträgliche Unzuständigkeit</i>			
3.8 <i>Funktionelle Zuständigkeit</i>			
Begriff der funktionellen Zuständigkeit; die wichtigsten Rechtspflegeorgane nach der Art der Tätigkeit		DRiG, RPfIG, GeschStV, GVG	
3.9 <i>Anwalts- und Parteiprozess</i>	0,5		
Unterschied zwischen Parteiprozess und Anwaltsprozess		§§ 78, 79 ZPO	
3.10 <i>Klageeinreichung</i>	1		
3.10.1 verschiedenen Klagearten; Inhalt der Klageschrift		§§ 253, 130 ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Wirkungen der Klageeinreichung; Unterscheidung zwischen der Anhängigkeit und der Rechtshängigkeit einer Klage; Rechtsfolgen 		§§ 261 ZPO, § 204 Abs. 1 Nr. 1, § 286 Abs. 1 S. 2 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen im Anschluss an eine Klageeinreichung 		§§ 271, 272, 275, 276 ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Notwendigkeit eines Kostenvorschusses; im Zivilprozess Möglichkeit der Prozesskostenhilfe 		§ 12GKG, § 114 ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntmachungen 	2		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Bedeutung und den Zweck der verschiedenen Formen der Bekanntmachung; Unterscheidung zwischen formloser und förmlicher Mitteilung verschiedene Möglichkeiten der Zustellung, insbesondere: • jede Art von Amtszustellung • Zuständigkeit des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle • Zustellung durch den UdG als Zustellorgan • Grundsatz der Ausführung der Zustellung durch die Post sowie die Möglichkeit der Zustellung durch einen Justizbediensteten 		<ul style="list-style-type: none"> §§ 166 ff. ZPO § 168 Abs. 1 Satz 1 § 168 Abs. 1 Satz 2, § 176 Abs. 1 ZPO 	
Besondere Formen der Zustellung:			
<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Zustellung • Auslandszustellung • Zustellung durch Aufgabe zur Post 		<ul style="list-style-type: none"> §§ 185-188 ZPO § 183 ZPO § 184 ZPO 	
3.11 <i>Verfahren bei Zustellungen</i> Überblick über das Zustellungsrecht, insbesondere zu den verschiedenen Zustelladressaten, die Zustellorte und die Möglichkeiten der Ersatzzustellung; Auswirkungen einer Annahmeverweigerung; welche Ersatzzustellungen sind verboten; Heilung etwaiger Zustellungsmängel	4		§§ 170-172, § 176 Abs. 2, §§ 177-181, § 178 Abs. 2 ZPO, § 189 ZPO
3.12 <i>Herstellung einer Ausfertigung oder beglaubigten Abschrift für die Zustellung</i> Unterscheidung zwischen dem zuzustellenden Schriftstück und dem zugestellten Schriftstück; Hinweis, dass für die Zustellung eine Ausfertigung bzw. eine beglaubigte Abschrift herzustellen ist.	2		§ 169 Abs. 2 ZPO, §§ 58 GABrZwIns, §§ 42, 47, 49 BUrkG
3.13 <i>Zustellungsurkunde</i> Über die Zustellung ist eine Zustellungsurkunde aufzunehmen			§§ 182, 190 ZPO

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
Ausstellung einer Zustellungsbescheinigung; Unterschied zwischen der Zustellurkunde und der Zustellungsbescheinigung		169 Abs. 1 ZPO	
3.14 <i>Zustellung im Parteibetrieb</i>			
kurzer Überblick über die Zustellung im Parteibetrieb		§§ 191-195 ZPO	
3.15 <i>Arten von Fristen</i>	2		
3.15.1 Unterscheidung der Fristarten		§§ 221, 224 ZPO	Zivilrecht
3.15.2 Fristberechnung anhand von Beispielen berechnen		§§ 222 Abs. 1 ZPO, 187, 188 BGB, § 222 Abs. 2 ZPO	
3.15.3 Termine und Ladungen			
3.16 <i>Termine</i>	1		
3.16.1 Arten von Terminen, insbesondere			
• Früher erster Termin		§ 275 ZPO	
• Verhandlungstermin		§§ 272, 128 Abs. 1 ZPO	
• Beweistermin		§ 355 Abs. 1 Satz 1 ZPO	
• Verkündungstermin		§ 310 Abs. 1 ZPO	
3.16.2 Begriffe „Terminsbestimmung“, „Terminstag“ und „Terminsort“; Bekanntgabe der Termine		§§ 216, 219, § 329 Abs. 1 Satz 1, §§ 218, 329 Abs. 2 Satz 2 ZPO	
3.17 <i>Ladungen</i>	2		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<p>Inhalt einer Ladung; Einhaltung der Ladungsfrist; Bekanntgabe der Ladung an die Beteiligten</p> <p>folgende Besonderheiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zustellung der Ladung • Ladung des Klägers zum frühen 1. Termin im amtsgerichtlichen Verfahren • Ladung zum persönlichen Erscheinen • Ladung zum Beweisaufnahmetermin • Ladung von Zeugen und Sachverständigen 		<p>§§ 274, 217, § 329 Abs. 2 Satz 2 ZPO</p> <p>§ 274 Abs. 2 ZPO</p> <p>§ 497 Abs. 1 ZPO</p> <p>§ 141 Abs. 2 ZPO</p> <p>§ 357 Abs. 2 ZPO</p> <p>§§ 377, 402 ZPO</p>	
<p>3.18 <i>Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung</i></p> <p>verschiedene Verfahrensarten; Unterscheidung zwischen Verfahren vor dem Amtsgericht und dem Landgericht</p> <p>Maßnahmen zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung; entweder wird ein früher erster Termin bestimmt oder ein schriftliches Vorverfahren durchgeführt</p>	2		
<p>3.19 <i>Der frühe erste Termin</i></p> <p>Einordnung des frühen ersten Termins im Verfahrensablauf; Sinn und Voraussetzungen eines frühen ersten Termins</p>		§§ 271-275, §§ 277, ZPO	
<p>3.20 <i>Das schriftliche Vorverfahren</i></p> <p>Einordnung schriftliches Vorverfahren im Verfahrensablauf; Sinn und Voraussetzungen für die Durchführung des schriftlichen Vorverfahrens; verschiedene Fristen, Folge bei Nichteinhaltung (Erlass eines Versäumnisurteils)</p>		§ 272 Abs. 2, §§ 276, 271, 277, 331 Abs. 3, ZPO	
<p>4 <i>Haupttermin</i></p>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
Durchführung Haupttermin vor Gericht; Zulässigkeit bestimmter Beweismittel		§§ 279, 284, 355, 371, 373, 402, 415, 445 ZPO	
5 Die Prozessbeendigung	1		
<ul style="list-style-type: none"> • verschiedene Arten der Prozessbeendigung und deren Wirkungen; Beendigung der Prozesse sowohl durch Parteihandlung als auch durch gerichtliches Urteil, insbesondere: 			
<ul style="list-style-type: none"> • die Klagerücknahme und die Erledigung der Hauptsache als Möglichkeiten der Partei zur Prozessbeendigung, deren Voraussetzungen und Wirkungen 		§§ 269, 306, 91a ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • das Wesen und die Voraussetzungen des Prozessvergleichs 		§ 779 BGB, § 794 Abs. 1 Nr. 1, § 278 Abs. 6 ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Abgrenzung, Anerkenntnis, Geständnis und Fall des Nichtbestreitens 			
<ul style="list-style-type: none"> • die verschiedenen Urteilsarten als Möglichkeit der Beendigung des Verfahrens durch das Gericht; Abgrenzung zwischen Prozess- und Sachurteil: Endurteil, Anerkenntnis-, Verzichts- und Versäumnisurteil 	2	§§ 300, 313-315 ZPO, § 173 GVG, §§ 306, 307 Abs. 2, § 331 Abs. 3 ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Begriffe wie Rubrum und Tenor; Hinweis auf Verkündung von Urteilen und auf das Verfahren nach der Urteilsverkündung (Verkündungsvermerk, Beglaubigung und Zustellung des Urteils) 		§ 315 Abs. 3, §§ 317, 169 Abs. 2 und 3 ZPO, § 58 GAbzWlIns	
<ul style="list-style-type: none"> • Ergänzung und Berichtigung gerichtlicher Entscheidungen 		§§ 319, 320, 321 ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Kosten des Verfahrens 	0,5		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> Entscheidung über die Kostentragungspflicht und die Grundzüge des Kostenfestsetzungsverfahrens 		§ 308 Abs. 2, §§ 91, 91a, 98, 103, 104, 105, 106 ZPO	
6 Mahnverfahren	3		
6.1 Grundzüge des Mahnverfahrens			
6.2 Bedeutung und Zweck des Mahnverfahrens sowie die Voraussetzungen der Zulässigkeit des Mahnverfahrens		§§ 688, 703c ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> Zuständigkeit des Gerichts für die Durchführung des Mahnverfahrens (sachlich, örtlich und funktionell); 		§§ 689 ZPO, § 3 Nr. 48 DelegationsVO, § 5 GZVJu, § 20 Nr. 1 RPfIG	
6.3 Inhalt des Mahnantrags sowie Inhalt eines Mahnbescheides		§ 690 ZPO	
6.4 Überblick über das Mahnverfahren, insbesondere den Widerspruch und dessen Wirkungen		§§ 702, 691, 692, 693, §§ 694, 696, 697 ZPO	
6.5 Hinweis, dass auf Grundlage des Mahnbescheids ein Vollstreckungsbescheid ergeht und dass dieser dem vorläufig vollstreckbaren Versäumnisurteil gleichsteht		§§ 699, 700 ZPO	
6.6 Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid; Wirkungen eines verspäteten Widerspruchs gegen den Mahnbescheid		§§ 700, 338 Abs. 1, §§ 339, 694 Abs. 2 ZPO	
6.7 Weiteres Verfahren nach Einlegung des Einspruchs in Grundzügen		§ 700 Abs. 2-6, § 697 ZPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<p>7 Säumnisverfahren</p> <p>Unterscheidung zwischen einem Versäumnisurteil gegen den Kläger und den Beklagten und die Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils. Diese sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorliegen der allgemeinen Prozessvoraussetzungen, insbesondere eines Antrags auf Erlass eines Versäumnisurteils • ordnungsgemäße und rechtzeitige Ladung • rechtzeitige Ladung – hier auch Hinweis auf die Einlassungsfrist • es muss ein Verhandlungstermin und nicht nur ein Beweistermin vorliegen • die Partei darf nicht erschienen sein bzw. nicht zur Sache verhandeln • Schlüssigkeitsprüfung des Gerichts bei Versäumnisurteil gegen den Beklagten <p>Vorgehen gegen ein erlassenes Versäumnisurteil und Voraussetzungen eines zweiten Versäumnisurteils</p>	3	§§ 330, 331 ZPO	
<p>8 Rechtsmittel und deren Wirkungen; Prüfung der Zulässigkeit an einfachen Beispielen. Dazu gehört insbesondere:</p> <p>8.1 die Abgrenzung der Rechtsmittel zu den Rechtsbehelfen</p> <p>8.2 die Unterteilung bei Rechtsmitteln in Zulässigkeit und Begründetheit eines Rechtsmittels</p>	3		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<p>8.3 <i>die Behandlung der einzelnen Rechtsmittel und Rechtsbehelfe wie Berufung, Revision, sofortige Beschwerde, Erinnerung, Rechtsbeschwerde; Zulässigkeitsprüfung nach folgendem Schema:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Statthaftigkeit • Berechtigter/Beschwer • Adressat • Form • Frist • besondere Zulässigkeitsvoraussetzung (z.B. Erreichen der Berufungssumme) 		<p>§§ 511 Abs. 1, 517, 519, 520, 511 Abs. 2, 542, 543, 548, 549, 544, 567, 569, 571 Abs. 1, 572, 574, 575, 573 ZPO, § 11 RpfVG</p>	
<p>8.4 <i>Aufbau des Instanzenzuges in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und die Besetzung der jeweiligen Rechtsmittelgerichte</i></p>		<p>§§ 72, 75, 119, 122, 133, 139 GVG</p>	
<p>8.5 <i>Erkenntnis, dass der Ablauf der Rechtsmittelfrist zur Rechtskraft einer Entscheidung führt und der Nachweis entweder durch Rechtskraftvermerk oder Rechtskraftzeugnis geführt werden kann. Hier soll auch der Rechtskraftvermerk vorgestellt werden.</i></p>		<p>§§ 705, 706 ZPO</p>	
<p>9 Rechtskraft</p>	<p>1</p>		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<p>Folgen der Rechtskraft; Unterscheidung materielle und formelle Rechtskraft; Nachweis der formellen Rechtskraft <u>durch Rechtskraftvermerk bzw. durch Rechtskraftzeugnis</u>; Hinweis auf das Notfristzeugnis und die Voraussetzungen für die Erteilung</p>		<p>§§ 322 Abs. 1, 705, 706 ZPO, § 19 EG-ZPO, § 7 Abs. 1 AktO</p>	
<p>10 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand / Rechtsbehelfsbelehrung</p>	1	<p>§§ 230, 233, 234, 236, 237, 238 ZPO</p>	
<p>Grundzüge des Verfahrens Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; Voraussetzungen und Wirkungen der Wiedereinsetzung</p>			
<p>11 Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe</p>	2	<p>§§ 114, 115, 117, 122, § 127 Abs. 3, 2 ZPO</p>	<p>FamFG - Allgemeiner Teil</p>
<p>Prozesskostenhilfe wird nur auf Antrag vom Prozessgericht gewährt; kein Anwaltszwang für die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Voraussetzungen, unter denen Prozesskostenhilfe gewährt wird; Bewilligung der Prozesskostenhilfe mit oder ohne Zahlungsbestimmungen und Befreiung von der Vorschusspflicht; Anfechtung der Bewilligung der Prozesskostenhilfe ohne Raten nur von der Staatskasse mit sofortiger Beschwerde bei Erreichung des Beschwerdewertes; ebenso die Bewilligung mit Raten und eine Ablehnung des Antrags auf Prozesskostenhilfe durch die PKH-Partei.</p>			
<p>Kurzer Einblick in das Verfahren der Beratungshilfe.</p>			
<p>12 Arrest und einstweilige Verfügung</p>	3		
<p>Verfahren über Arrestgesuche und Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung und deren Voraussetzungen; wesentliche Merkmale beider Verfahren</p>			
<p>12.1 Verfahren über ein Arrestgesuch</p>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
Arrestgrund sowie Arrestanspruch zur Anordnung eines Arrests; Entscheidung über das Arrestgesuch durch Urteil oder Beschluss; Zuständigkeit des Gerichts; Verfahrensweise bei Einlegung eines Widerspruchs und Aufhebung des Arrests (hier kein Hinweis auf vollstreckungsrechtliche Besonderheiten)		§§ 916-927 ZPO	Zwangsvollstreckungsrecht
12.2 Die einstweilige Verfügung Fälle einer einstweiligen Verfügung; Arten der einstweiligen Verfügung; Besonderheiten zum Arrestverfahren (hier kein Hinweis auf vollstreckungsrechtliche Besonderheiten)		§§ 935-938, 940, 940a, 942, 943 ZPO	
13 Vollstreckbare Ausfertigung	5		Zwangsvollstreckung
13.1 Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung durch das Gericht; abschließender Teil des Erkenntnisverfahrens			
13.2 Bedeutung der Klausel (Bescheinigung der Vollstreckungsreife des Titels); insbesondere die Zuständigkeit Urkundsbeamten der Geschäftsstelle bzw. des Rechtspflegers		§§ 724, 725, 734 ZPO	
13.3 Voraussetzungen bei der Erteilung der sog. einfachen Klausel und deren Inhalt, insbesondere: <ul style="list-style-type: none">• Form und Wortlaut• Anbringung Zustellungsbescheinigung• Vermerk auf Originaltitel• Erteilung der qualifizierten Klausel (Zuständigkeit: Rechtspfleger),• Ausnahmen:		§§ 724, 725 ZPO, § 724 Abs. 2 ZPO §§ 725 ZPO, 67, 58 Abs. 1GAbzWlns § 169 ZPO, § 68 GAbzWlns § 734 ZPO § 726 Abs. 1, 2, 727 § 730 ZPO, § 20 Nr. 12 RPfIG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> ○ Abhängigkeit von einem Kalendertag ○ Abhängigkeit von der Sicherheitsleistung bei der vorläufigen Vollstreckbarkeit (hierbei sind die verschiedenen Aussprüche der vorläufigen Vollstreckbarkeit zu erläutern) ○ Abhängigkeit von einer Zug-um-Zug Leistung • Kassatorische Klausel • Voraussetzungen der Erteilung der Rechtsnachfolgeklausel nach § 727 ZPO 		<p>§ 751 Abs. 1 ZPO</p> <p>§ 751 Abs. 2 ZPO</p> <p>§§ 726 Abs. 2, 756, 765 ZPO</p> <p>§§ 727-729, 730 ZPO, § 20 Nr. 12 RPfIG</p>	
<p>13.4 <i>Umstände, unter denen eine weitere vollstreckbare Ausfertigung erteilt werden kann (mit Hinweis auf funktionelle Zuständigkeit)</i></p>		<p>§§ 733, 797 ZPO, §§ 20 Nr. 12, 36b Abs. 1 Nr. 3 RPfIG, §§ 5, 6 Abs. 1 Nr. 2 GeschStV</p>	
<p>13.5 <i>Ausnahmen vom Klauselerfordernis, so zum Beispiel beim Vollstreckungsbescheid, beim Arrest, der einstweiligen Verfügung und verschiedenen europäischen Titeln</i></p>		<p>§§ 796, 929, 936, 1082, 1093, 1107 ZPO</p>	
<p>13.6 <i>Hinweis auf die Erteilung der Klausel im Fall der Vollstreckbarerklärung eines Anwaltsvergleichs durch das Prozessgericht oder den Notar gemäß § 796c ZPO. Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen von gerichtlichen Urkunden und Gütestellenvergleichen sowie Vollstreckbarerklärung nach EuGVVO</i></p>		<p>§§ 796a, c, 797, 797a, 724-726 ZPO, § 20 Nr. 12 RPfIG, Art. 54, 58 EuGVVO, § 56 Abs. 3 AVAG</p>	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
13.7 <i>Zuständigkeit für die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Vergleichs mit Widerrufsvorbehalt, sofern der Adressat des Widerrufs nur das Gericht ist. In allen anderen Fällen, also z. B. wenn der Widerruf auch gegenüber der Gegenpartei erfolgen kann, ist der Rechtspfleger zuständig.</i>		§ 795b ZPO	
13.8 <i>Rechtsbehelfe im Verfahren über den Antrag auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung; Anwendungsbereich und Zuständigkeit im Rechtsbehelfsverfahren</i> Erinnerung nach § 573 ZPO; hierauf ist sofortige Beschwerde statthaft. Erinnerung nach § 11 RPfIG bei Erteilung durch den Rechtspfleger <ul style="list-style-type: none"> • Erinnerung gegen die Erteilung der Klausel • Klage gegen die Erteilung der Vollstreckungsklausel • Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel 	1	§§ 573, 567 ZPO § 11 Abs. 1 RPfIG § 732 ZPO § 768 ZPO § 731 ZPO	
13.9 <i>Kurzer Überblick über das Zustandekommen von europäischen Vollstreckungstiteln</i>		§§ 1067 ff. ZPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
V. STRAFRECHT			
Allgemeiner Teil	1		
1 Der staatliche Strafanspruch			
1.1 Der Zweck der Strafe			
• Heutige Strafrechtstheorien			
• Vereinigungstheorie			
1.2 Die Grundsätze des Strafrechts			
• Gesetzlichkeitsprinzip		§ 1 StGB, Art. 103 Abs. 2 GG	
• Schuldstrafrecht			
• Täter kann nur eine natürliche Person sein			
• Im Zweifel für den Angeklagten			
• Grundsatz der materiellen Rechtskraft		Art. 103 Abs. 3 GG	
2 Die Rechtsfolgen der Straftat	2		
2.1 Hauptstrafen: Strafen, die allein verhängt werden können			
• Freiheitsstrafen mit und ohne Bewährung		§§ 38, 39, 56 StGB	
• Geldstrafen, Hinweis auf Tagessatzsystem		§§ 40-43 StGB	
• Kurzer Hinweis auf Strafvollstreckung		§§ 449 ff. StPO	
• Verwarnung mit Strafvorbehalt		§ 59 StGB	
• Absehen von Strafe		§ 60 StGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
2.2 <i>Nebenstrafe: Strafe, die nur in Verbindung mit einer Hauptstrafe verhängt werden kann</i> <ul style="list-style-type: none"> • Fahrverbot 		§ 44 StGB	
2.3 <i>Nebenfolgen: treten nur in Verbindung mit einer Hauptstrafe ein</i> <ul style="list-style-type: none"> • Verlust Amtsfähigkeit/Wählbarkeit • Verlust des aktiven Wahlrechts 		§ 45 Abs. 1 StGB § 45 Abs. 1, 2 StGB § 45 Abs. 5 StGB	
2.4 <i>Maßregeln der Besserung und Sicherung, Hinweis auf Entziehung der Fahrerlaubnis, Abgrenzung zum Fahrverbot</i>		§§ 61 Nrn. 1-6, 63, 64, 66 StGB, §§ 69a StGB, § 44 StGB	
2.5 <i>Verfall und Einziehung</i>		§§ 73, 73a, 73e, 74, 74c, 74e Abs. 1 ff. StGB	
2.6 <i>Unterscheidung Vergehen-Verbrechen</i> <ul style="list-style-type: none"> • Verbrechen • Vergehen • Schärfung/Milderung 	0,5	§ 12 Abs. 1 StGB § 12 Abs. 2 StGB § 12 Abs. 3 StGB	
3 <i>Die Voraussetzungen der Strafbarkeit</i> <ul style="list-style-type: none"> • Staatlicher Strafanspruch im Vergleich zum zivilrechtlichen Anspruch, anhand eines Beispiels erklären • Die strafbare Handlung und Ausnahmen • Dreistufiger Verbrechensbegriff: Tatbestand, Rechtswidrigkeit, Schuld 	1		
3.1 <i>Prüfungsstufe: Tatbestandsmäßigkeit der Tat</i>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
3.1.1 Wichtige Begriffe der 1. Prüfungsstufe: <ul style="list-style-type: none">• Tatbestand• Delikt - Arten der Delikte<ul style="list-style-type: none">○ Begehens- und Unterlassungsdelikte○ Tätigkeits- und Erfolgsdelikte○ Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte○ Grunddelikte und deren Abwandlungen○ Allgemein- und Sonderdelikte• Objektive Tatbestandsmerkmale<ul style="list-style-type: none">○ Die Ursächlichkeit bei Erfolgsdelikten<ul style="list-style-type: none">- Tathandlung muss für den eingetretenen Erfolg ursächlich sein- Kausalität zwischen Handlung und Erfolg muss im Tatvorsatz enthalten sein, sonst Tatbestandsirrtum• Subjektive Tatbestandsmerkmale<ul style="list-style-type: none">○ Vorsatz<ul style="list-style-type: none">- Definition	2		§§ 15, 11 Abs. 2 StGB

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
- Unterschied: direkter/indirekter Vorsatz			
○ Fahrlässigkeit			
- Definition		§ 15 StGB	
- Sorgfaltspflichtverletzung			
○ sonstige subjektive Tatbestandsmerkmale			
- Zueignungsabsicht		§ 242 StGB	
- Bereicherungsabsicht		§ 263 StGB	
3.1.2 2. Prüfungsstufe: Rechtswidrigkeit der Tat	3,5		
Grundsatz: Wird die Tatbestandsmäßigkeit einer Handlung bejaht, so ist sie auch rechtswidrig		§ 11 Abs. 1 Nr. 5 StGB	
Ausnahmen:			
• Rechtswidrigkeit muss positiv festgestellt werden		§§ 240 StGB	
• Vorliegen von Rechtfertigungsgründen			
○ Notwehr/Nothilfe, gegenwärtiger, rechtswidriger Angriff; erforderliche Verteidigungshandlung; Verteidigungswille		§ 32 StGB	
○ Rechtfertigender Notstand, kein rechtswidriger Angriff; Güterabwägung		§ 34 StGB	
○ Erziehungsrecht		§ 1631 BGB	

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
	○ Einwilligung		§ 228 StGB	
	○ Ausübung einer Dienst- oder Amtspflicht		§ 758 Abs. 2, 3, § 758a ZPO	
	○ Verfolgung und vorläufige Festnahme eines Flüchtigen		§ 127 StPO	
3.1.3	3. Prüfungsstufe: Die Schuld	3		
3.1.3.1	Schuldfähigkeit			
	• Grundsatz des persönlichen Schuldvorwurfs			
	• Schuldfähigkeit		§§ 19, 20, 21 StGB	
	• Auffangtatbestand: sog. Rauschtat		§ 323a StGB	
	• Schuldfähigkeit Jugendlicher und Heranwachsender		§§ 1 Abs. 2, 3 JGG	
3.1.3.2	Entschuldigungsgründe			
	• Entschuldigender Notstand		§ 35 StGB	
	• Überschreiten der Notwehr, sog. Notwehrexzess		§ 33 StGB	
4	Tateinheit und Tatmehrheit	1	§ 52 StGB	
4.1	<i>Tateinheit</i>			
	• Gleiche Handlung verletzt mehrere Strafgesetze			
	• Hinweis auf natürliche Handlungseinheit			
	• Strafandrohung		§ 52 Abs. 2 StGB	
4.2	<i>Tatmehrheit</i>		§ 53 StGB	
	• Mehrere Handlungen verletzen mehrere Strafgesetze			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Wesen und Höhe der Gesamtstrafe • Kurzer Hinweis auf nachträgliche Gesamtstrafenbildung 		§ 54 StGB § 55 StGB, § 460 StPO	
5 Täterschaft und Teilnahme	2		
5.1 Täterschaft			
<ul style="list-style-type: none"> • Alleintäterschaft • Mittäterschaft, Stichworte: Tatherrschaft - sukzessive Mittäterschaft 		§ 25 Abs. 1 StGB § 25 Abs. 2 StGB	
5.2 Teilnahme - <i>Beteiligter hat keine Tatherrschaft</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Anstiftung, zu beachten: Doppelvorsatz • Beihilfe (Doppelvorsatz) 		§ 26 StGB §§ 27 Abs. 1, 2, 49 StGB	
5.3 Abgrenzung zwischen Mittäterschaft und Beihilfe			
6 Der Strafantrag	3	§ 77 StGB	
6.1 Abgrenzung absolute, relative Antragsdelikte und Officialdelikte			
6.2 Der Strafantrag als Prozessvoraussetzung			
6.3 Zuständigkeit zur Aufnahme des Strafantrages			
<ul style="list-style-type: none"> • sachlich • örtlich • funktionell: grds. UdG der 2. QE 		§ 158 StPO § 158 StPO, § 153 GVG, §§ 5, 7 GeschStV, § 24 Abs. 2 Nr. 3 RPfIG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
6.4 Die Antragsberechtigung			
• Grundsatz: Verletzter		§ 77 Abs. 1 StGB	
• Bei Tod des Verletzten/Antragsberechtigten		§ 77 Abs. 2 StGB	
○ Nach der Antragstellung		§ 77 Abs. 1 StGB	
○ Vor der Antragstellung mit Regelung, auf wen das Antragsrecht über- geht		§ 77 Abs. 2 StGB	
○ Ausschluss des Übergangs des Antragsrechts		§ 77 Abs. 2 Satz 3, 4 StGB	
• Andere Personen als der Verletzte können den Strafantrag stellen (nur Hinweis)		§ 77 Abs. 3 StGB	
○ Bei Minderjährigen			
○ Bei Pflegschaften / Betreuung			
○ Bei Geschäftsunfähigkeit			
• Weitere Antragsberechtigte neben dem Verletzten (Dienstvorgesetzter)		§ 77a StGB	
6.5 Die Form des Antrags		§ 158 StPO	
6.6 Der Inhalt des Antrags (kurz)			
6.7 Die Antragsfrist		§ 77b StGB	
• Keine Prozessfrist			
• Fristbeginn			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Fristberechnung 		§ 187 BGB	Zivilrecht
6.8 Die Zurücknahme des Strafantrags und deren Folgen		§ 77d StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Keine neue Antragstellung mehr möglich • Kostenlast 		§ 77d Abs. 1 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Bei Antragsdelikten ggf. Einstellung wg. nachträglichem Verfahrenshindernis 		§ 470 StPO, Nr. 3200 KVGKG	
6.9 Die Verfolgungsverjährung		§§ 206a, 260 Abs. 3 StPO	
6.10 Die Vollstreckungsverjährung (nur Hinweis)		§§ 78ff. StGB	
Besonderer Teil			
7 Straftaten gegen Leib und Leben	3		
7.1 Definition von Tötung			
<ul style="list-style-type: none"> • Beginn des Lebens - Ende des Lebens • Verhältnis Tötung - Körperverletzung 			
7.2 Mord		§ 211 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Tatbestandsbezogene, objektive Mordmerkmale • Täterbezogene, subjektive Mordmerkmale 			
7.3 Totschlag		§§ 212, 213 StGB	
7.4 Fahrlässige Tötung		§ 222 StGB	
7.5 Körperverletzung		§ 223 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Körperliche Misshandlung 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
• Beschädigung der Gesundheit			
7.5.1 Gefährliche Körperverletzung (Qualifizierung wegen Art der Begehung)		§ 224 StGB	
7.5.2 Schwere Körperverletzung (Qualifizierung abgestellt auf eingetretenen Erfolg)		§ 226 StGB	
• Hinweis		§ 18 StGB	
• Beabsichtigte schwere Körperverletzung		§ 226 Abs. 2 StGB	
7.5.3 Körperverletzung mit Todesfolge (Qualifizierung abgestellt auf eingetretenen Erfolg)		§§ 227, 18 StGB	
7.5.4 Fahrlässige Körperverletzung		§ 229 StGB	
7.5.5 Abgrenzung Tötungsdelikte und Körperverletzung mit Todesfolge			
7.5.6 Hinweis auf Strafantrag		§ 230 StGB, Nr. 234 RiStBV	
7.5.7 Hinweis -Rechtfertigungsgrund bei ärztlichen Eingriffen-		§ 228 StGB	
8 Straftaten gegen den persönlichen Friedensbereich	3		
8.1 Beleidigung		§ 185 StGB	
• Begriffserklärung: Angriff auf die persönliche Ehre			
• Tätliche/nichttätliche Beleidigung			
• Beleidigung mit Tatsachenbehauptung nur gegenüber dem zu Beleidigenden			
• Beleidigung ohne Tatsachenbehauptung gegenüber Dritten			
• Antragsdelikt		§ 194 StGB	
8.2 Üble Nachrede (kurzer Hinweis)		§ 186 StGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Spezialität • Verbreitung nicht erweislich wahrer Tatsachen gegenüber Dritten 		§ 185 StGB	
8.3 Verleumdung (kurzer Hinweis)		§ 187 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Verbreitung unwahrer Tatsachen 			
8.4 Hausfriedensbruch		§ 123 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Widerrechtliches Eindringen • Verweilen ohne Befugnis • Hinweis auf Rechtfertigungsgrund im Rahmen der Dienstausbübung • Antragsdelikt 		§§ 758, 758a ZPO § 123 Abs. 2 StGB	
9 Straftaten gegen Eigentum und Vermögen			
9.1 Sachbeschädigung	3	§ 303 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Zerstören • Beschädigen • Antragsdelikt 		§ 303c StGB	
9.2 Diebstahl		§ 242 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Objektiv: Sache, fremd, beweglich, Wegnahme • Subjektiv: Zueignungsabsicht 			
9.2.1 Besonders schwerer Fall des Diebstahls		§ 243 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Einbruch- und Nachschlüsseldiebstahl • Hinweis auf Gesetzeskonkurrenz 		§ 243 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 StGB §§ 123, 303 StGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Schutzvorrichtung / Behältnis 		§ 243 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Gewerbsmäßig 		§ 243 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Regelbeispiele sind anzusprechen 			
9.2.2 Diebstahl mit Waffen, Bandendiebstahl, Wohnungseinbruchdiebstahl (Qualifizierung durch Art der Begehung)		§ 244 StGB	
9.3 Haus- und Familiendiebstahl (Auswirkungen nur auf Notwendigkeit Strafantrag)		§ 247 StGB	
9.4 Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen (Auswirkungen nur auf Notwendigkeit Strafantrag)		§ 248a StGB	
9.5 Unterschlagung		§ 246 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Kein Gewahrsamsbruch • Zueignungsabsicht • Fundunterschlagung • Veruntreuung 		§ 246 Abs. 2 StGB	
9.6 Betrug	1	§ 263 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Die objektiven Tatbestandsmerkmale: Täuschungshandlung, Irrtumserregung, Vermögensverfügung, Vermögensschaden • Subjektives Tatbestandsmerkmal: Bereicherungsabsicht • Besonders schwere Fälle des Betrugs 		§ 263 Abs. 3 StGB	
10 Straftaten gegen die persönliche Freiheit	2		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
10.1 <i>Freiheitsberaubung</i> <ul style="list-style-type: none"> • Einsperren • Auf andere Weise 		§ 239 StGB	
10.2 <i>Nötigung</i> <ul style="list-style-type: none"> • Nötigungshandlung des Täters • Positive Feststellung der Rechtswidrigkeit • Mittel der Nötigung 		§ 240 StGB	
11 <i>Falsche uneidliche Aussage und Meineid</i>	2		
11.1 <i>Falsche uneidliche Aussage</i> <ul style="list-style-type: none"> • Zuständige Stellen für eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen <ul style="list-style-type: none"> ○ Gerichte ○ Parlamentarische Untersuchungsausschüsse ○ Die Parteiaussage im Zivilprozess • Hinweis auf Prozessbetrug 		§ 153 StGB	
11.2 <i>Meineid</i> <ul style="list-style-type: none"> • Erfasster Täterkreis (hier auch Parteien im Zivilprozess) • Hinweis auf Voreid und Nacheid • Freiwilliger Rücktritt vom Meineid 		§ 154 StGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
11.3 Zeitgerechte Berichtigung der eidlichen oder uneidlichen falschen Aussage		§ 158 StGB	
11.4 Falsche Versicherung an Eides Statt		§ 156 StGB	§§ 802c Abs. 3, 883 Abs. 2 ZPO
<ul style="list-style-type: none"> • Zur Abnahme berechnigte Behörde • Zulässigkeit der eidesstattlichen Versicherung als Mittel der Glaubhaftmachung im Verfahren 			
12 Urkundenfälschung	2	§ 267 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Täuschung im Rechtsverkehr • Unechte Urkunde • Verfälschung einer echten Urkunde • Gebrauch einer unechten oder verfälschten Urkunde • Urkundenbegriff 		§ 267 StGB	§§ 415-418 ZPO
13 Amtsdelikte	1		
13.1 Begriff Amtsträger			§ 154 GVG, § 1 GVO
13.2 Vorteilsannahme		§ 331 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Vergangenes oder zukünftiges gesetzmäßiges Tun 			
13.3 Bestechlichkeit		§ 332 StGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Dienstpflichtverletzung 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
VI. FORMELLES KOSTENRECHT	12		
1 Prozessabschluss und Kostenfolge			
1.1 <i>Kostenentscheidung durch Urteil oder Beschluss</i>			
1.2 <i>Kostenvereinbarung im Vergleich</i>			
2 Begriff „Kosten des Verfahrens“			
2.1 <i>Außergerichtliche Kosten</i>			
2.1.1 Feststellung erfolgt im Rahmen der Kostenfestsetzung			
2.1.2 Zuständigkeit des Rechtspflegers			
2.1.3 Kostenfestsetzungsverfahren		§ 104 ZPO	
2.1.4 Kostenfestsetzungsbeschluss			
2.2 <i>Gerichtskosten</i>			
2.2.1 Berechnung erfolgt im Rahmen des Kostenansatzes durch den Kostenbeamten			
3 Geltungsbereich des GKG, des GNotKG und des FamGKG		§ 1 GKG, § 1 GNotKG, § 1 FamGKG; § 13 GVG	
3.1 <i>Kosten in Zivilsachen und Strafsachen berechnen sich nach dem GKG, GNotKG und FamGKG</i>			
4 Begriff der Gerichtskosten		§ 1 FamGKG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
4.1 <i>Gebühren und Auslagen</i>		§ 1 GKG, § 1 GNotKG, § 1 FamGKG	
4.2 <i>Kodifikationsgrundsatz</i>		§ 1 GKG	
5 <i>Kostenansatz</i>		§ 19 GKG, § 18 FamGKG, § 18 GNotKG, Nr. 15, 16 KostVfg	
5.1 <i>Begriff des Kostenansatzes</i>		Nr. 4 Abs. 1 KostVfg	
5.2 <i>Zuständigkeit zur Erstellung des Kostenansatzes</i>			
5.3 <i>Zuständigkeit des Kostenbeamten</i>		§ Nr. 1 KostVfg, §§ 5 Abs. 1, 7 Abs. 3 GeschStV	
5.4 <i>Stellung des Kostenbeamten</i>		Nrn. 1, 2, Nrn. 41-43 KostVfg	
		Weisungsgebundener Justizverwaltungsbeamter	
6 <i>Aufgaben des Kostenbeamten</i>			
6.1 <i>Die Hauptaufgabe besteht in der Erstellung des rechtzeitigen, richtigen und vollständigen Kostenansatzes</i>		§ Nr. 2 KostVfg	
7 <i>Grundregeln für die Erstellung eines Kostenansatzes</i>			
7.1 <i>Inhalt der Kostenrechnung</i>		Nr. 24 KostVfg	
7.2 <i>Vorläufige Kostenrechnung</i>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
7.3 <i>Kostensicherung</i>		Nrn. 20-23, 31 KostVfg § 12 GKG, § 14 FamGKG, § 13 GNotKG	
7.4 <i>Schlusskostenrechnung</i>			
7.5 <i>Vereinfachte Kostenrechnung</i>			
8 Arten der Einforderung von Gerichtskosten einschließlich der Behandlung durch Einlaufstelle, Geschäftsstelle und Kostenbe- amten			
8.1 <i>Einforderung ohne Sollstellung</i>		Nrn. 4.2, 15, 26 KostVfg	
8.1.1 Gegenstand der Einforderung		Nr. 26.1 KostVfg	
8.1.2 Anordnung der Erhebung		Nrn. 26.1-26.3 KostVfg	
8.1.3 Erstellung und Behandlung der Einforderung ohne Sollstellung		Nrn. 26.1-26.3 KostVfg	
8.1.4 Folgen bei Zahlung, Nichtzahlung und teilweiser Zahlung		Nrn. 26.4-26.8 KostVfg	
8.2 <i>Einforderung von Auslagenvorschüssen durch das Gericht</i>		§ 17 GKG, Nr. 4.2, 15, 26 KostVfg	
8.2.1 Gegenstand der Einforderung		§ 17 GKG	
8.2.2 Aufgaben des Kostenbeamten und der Geschäftsstelle		Nrn. 2.1, 3.1, 3.5 KostVfg	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
8.3 <i>Einforderung mit Sollstellung</i>		Nrn. 4.2, 15, 25 KostVfg	
8.3.1 Gegenstand der Einforderung		Nrn. 24, 25 KostVfg	
8.3.2 Aufgaben des Kostenbeamten und der Geschäftsstelle bei Sollstellung		Nrn. 2.1, 3.1.-3.5 KostVfg	
8.3.3 Sollstellung als Grundlage der Beitreibung		VV 23.2b) bb) zu Art. 70, Nrn. 4.3, 15 zu Art. 79, Nr. 5 der Anlage 2 zu Art. 79 BayHO, § 1 Abs. 1 Nr. 1 JBeitrOVbV	
8.4 <i>EDV-Geldstrafenvollstreckung</i>			
8.4.1 Gegenstand der Einforderung		§ 1 Abs. 4 JBeitrG, § 1 Nr. 2 JBeitrG- VBV	
8.4.2 Aufgaben des Kostenbeamten und der Geschäftsstelle		Nrn. 2.1, 3.1 KostVfg	
8.5 <i>Einforderung durch unmittelbare Zahlungsaufforderung</i>		§ 5 EBAO	
8.5.1 Gegenstand der Einforderung		Nr. 4.6 KostVfg, § 1 Abs. 1 Nrn. 2, 3 EBAO	
8.5.2 Aufgaben des Kostenbeamten und der Geschäftsstelle		Nrn. 2.1, 3.1 KostVfg	
9 Kostensicherung			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
9.1 <i>Vorauszahlung, Vorschusspflicht, Abhängigkeit von der Zahlung eines Vorschusses</i>			
9.2 <i>Aufgaben des Kostenbeamten bei der Kostensicherung</i>			
10 Berichtigung eines Kostenansatzes		§ 19 Abs. 5 GKG, §§ 35, 36, 43 KostVfg	
10.1 <i>Gründe, die zur Berichtigung des ursprünglichen Kostenansatzes führen können, sowie Verfahren bei der Berichtigung</i>			
11 Kostenabstand		Nrn. 10, 11 KostVfg	
11.1 <i>Begriff des Kostenabstandes</i>			
11.2 <i>Zuständigkeit für die Feststellung des Kostenabstandes</i>			
11.3 <i>Voraussetzungen für einen Kostenabstand</i>			
11.4 <i>Nachträglicher Kostenabstand in Strafsachen</i>			
11.5 <i>Begründung des Kostenabstandes</i>			
12 Kleinbetrag		Nr. 4.5 KostVfg, Nr. 2.6 der Anlage zu den VV Art. 59 BayHO	
12.1 <i>Kleinbetragsgrenzen</i>			
12.1.1 Gegenüber Privatpersonen		Nr. 1.1 der Anlage zu den VV Art. 59 BayHO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
12.1.2 Gegenüber Bund, Ländern, bayerischen Gemeinden		Nr. 1.1 der Anlage zu den VV Art. 59 BayHO	
12.2 <i>Aufgaben des Kostenbeamten und der Geschäftsstelle</i>			
12.3 <i>Einziehung kleiner Kostenbeträge</i>			
13 Zahlungsnachweise		§ 3 Abs. 3, 4c, 1c, § 27 Abs. 5 Satz 2, § 36 Abs. 10, § 33 Abs. 6 KostVfg	
13.1 <i>Bedeutung der Zahlungsnachweise</i>			
13.2 <i>Entgegennahme von Zahlungsmitteln durch Bedienstete</i>			
14 Arten der Zahlungsnachweise			
14.1 <i>Zahlungsanzeige</i>			
14.1.1 Begriff der Zahlungsanzeige		Nr. 15 der Anlage 2 zu den VV zu Art. 79 BayHO	
14.1.2 Behandlung der Zahlungsanzeigen durch die Geschäftsstelle und den Kostenbeamten		Nrn. 2.1, 3.1, 27.5 KOstVfg	
14.2 <i>Gerichtskostenstempler</i>		Nrn. 1-4 GK-Stem- pler-Best	
14.2.1 Begriff Kostenforderungen, die durch Gerichtskostenstempler -entrichtet werden können		Nrn. 1-4 GK-Stem- pler-Best	
14.2.2 Quittungserteilung		Nr. 7.2 GK-Stem- pler-Best	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
14.2.3 System des Gerichtskostenstemplers		Nrn. 6, 7 GK-Stempler-Best	
14.3 <i>Gebührenstempler</i>		Nrn. 1-4 GK-Stempler-Best	
14.3.1 Begriff des Gebührenstemplers		Nr. 1 GK-Stempler-Best	
14.3.2 Kostenforderungen, die durch Gebührenstempler entrichtet werden können		Nrn. 1.1.1-1.2 GK-Stempler-Best	
14.3.3 Quittungserteilung		Nrn. 3.3, 3.4, 4.5-4.7 GK-Stempler-Best	
14.4 <i>Scheck</i>		Ausnahmefälle Nr. 16 Satz 2 VV zu Art. 70 BayHO, § 69 Abs. 2 ZVG	
15 Kostenschuldnerschaft			
15.1 <i>Antragsteller der Instanz (an einem Verfahren verdeutlichen)</i>		§§ 22ff. GKG, §§ 22ff. GNotKG, §§ 21ff. FamGKG	
15.2 <i>Umfang der Antragstellerhaftung</i>		§ 22 GKG, § 21 FamGKG, § 22 GNotKG	
15.3 <i>Sonstige Kostenschuldner</i>		§ 29 GKG, § 23 GNotKG, § 24 FamGKG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
15.3.1 Entscheidungsschuldner		§ 29 Nr. 1 GKG, § 24 Nr. 1 FamGKG	
15.3.2 Übernahmeschuldner		§ 29 Nr. 2 GKG, § 24 Nr. 2 FamGKG	
15.3.3 Schuldner, der kraft Gesetzes für die Kostenschuld eines anderen haftet		§ 29 Nr. 3 GKG, § 24 Nr. 3 FamGKG	
15.3.4 Kostenschuldner in bestimmten gerichtlichen Verfahren		§ 23 Nrn. 1-15 GNotKG	
15.3.5 Vollstreckungsschuldner		§ 29 Nr. 4 GKG, § 24 Nr. 4 FamGKG	
15.4 <i>Schuldner der Schreibaussagen</i>		§ 28 GKG, § 23 FamGKG, § 26 GNotKG	
15.5 <i>Vorschussschuldner</i>		§ 12 FamGKG, § 13 GNotKG	
16 Mehrheit von Kostenschuldnern		§§ 31, 32 GKG, § 26 FamGKG, §§ 32, 33 GNotKG § Nr. 8 KostVfg	
16.1 <i>Erst- und Zweitschuldner</i>		Nrn. 7, 8 KostVfg, §§ 22, 29 GKG, §§ 21-24 FamGKG, §§ 22-27 GNotKG	
16.2 <i>Möglichkeiten der Verrechnung von zu viel bezahlten Kostenvorschüssen</i>			

Ausbildungsabschnitt **Fachtheoretischer Lehrgang**
Lehrgebiet: **Formelles Kostenrecht**

Unterrichtseinheiten 12

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
16.3 <i>Erlöschen der Zahlungspflicht</i>		§ 30 GKG, § 25 FamGKG, § 28 GNotKG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
VII. GRUNDBUCHRECHT			
1 Einführung in das Grundbuch	1		
1.1 Bedeutung des Grundbuchs (öffentliches Register)			
1.2 Abgrenzung			
1.3 Materielles Grundbuchrecht / Formelles Grundbuchrecht			
1.4 Wirkungen des Grundbuchs			
1.4.1 Rechtserwerb durch Einigung (Auflassung) und Eintragung		§§ 873, 925 BGB	
1.4.2 Übertragungswirkung		§ 873 Abs. 1 BGB	
1.4.3 Öffentlicher Glaube - Publizitätsgrundsatz			
• Vermutungswirkung		§ 891 BGB	
• Schutzwirkung des Grundbuchs		§ 892 BGB	
1.5 Einrichtung des Grundbuchs		§§ 1-3 GBV	
1.6 Örtliche, sachliche, funktionelle Zuständigkeit	1	§ 1 GBO, § 1 GBV, § 23a Abs. 1 Nr. 2, § 23a Abs. 2 Nr. 8 GVG, §§ 12c, 13 Abs. 3 GBO, § 3 Nr. 1h RPfIG, §§ 5, 7 GeschStV	
1.7 Grundbuchbereich	15		
1.8 Grundbuchband			
1.9 Grundbuchblatt			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
1.10 Hinweis auf EDV-Grundbuch (SolumStar)			
2 Aufbau des Grundbuchblattes		§§ 4-12 GBV	
2.1 Bestandsverzeichnis			
• Grundstück, Flurstück, Zuflurstück			
• Grundstück im Rechtssinn			
• Grundstück im vermessungstechnischen Sinn			
• Beschreibender Teil des Katasters (Liegenschaftsbuch)			
• Darstellender Teil des Katasters (Flurkarte)			
• Zusammenarbeit zwischen Grundbuchamt und Vermessungsamt (Liegenschaftskataster)		§ 2 Abs. 2 GBO	
2.1.1 Grundstücksgleiche Rechte, Erbbaurecht			
2.1.2 Wohnungs- und Teileigentum			
2.1.3 Hinweis auf Buchung von Miteigentumsanteilen		§ 3 Abs. 4-9 GBO, § 8 GBV	
2.2 Abteilung I			
2.2.1 Eigentumsformen		§§ 9, 15, 16 GBV	
• Alleineigentum			
• Miteigentum			
• Miteigentum nach Bruchteilen			
• Gesamthandseigentum			
2.2.2 Eigentumserwerb			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Rechtsgeschäft • Erbfolge • Gütergemeinschaft • Hoheitsakte am Beispiel des Zuschlags in der Zwangsversteigerung 			
2.3 <i>Abteilung II (jeweils Definition, Inhalt der Rechte, Übertragbarkeit und Erlöschen)</i>		§ 10 GBV	
2.3.1 Alle Belastungen mit Ausnahme der Grundpfandrechte			
2.3.2 Dienstbarkeiten			
<ul style="list-style-type: none"> • Grunddienstbarkeiten • Inhalt der Grunddienstbarkeit • Stichwort: dienendes/herrschendes Grundstück • Hinweis auf Herrschvermerk • Bezugnahme auf Bewilligung • Beschränkte persönliche Dienstbarkeit • Wohnungsrecht • Nießbrauch 		§ 1018 BGB	
		§ 9 GBO	
		§§ 1090-1092 BGB	
		§ 1093 BGB	
		§§ 1030, 1036, 1059, 1061 BGB	
2.3.3 Reallast		§§ 1105 , 1108, 1110, 1111 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Inhalt der Reallast im Unterschied zur Grunddienstbarkeit • Subjektiv-dingliche Reallast • Hinweis auf Herrschvermerk 		§ 9 GBO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Subjektiv-persönliche Reallast • Hinweis auf Leibgeding • Vorkaufsrecht • Vormerkung am Beispiel der Auflassungsvormerkung • Begriff • Wirkungen 		<p>§ 49 GBO</p> <p>§§ 1094, 1098, 464, 473 BGB</p> <p>§§ 883, 888 BGB</p>	
2.3.4	Widerspruch		
<ul style="list-style-type: none"> • Amtswiderspruch • Verfügungsbeschränkungen • Insolvenzvermerk, Unterscheidung zu den vorläufigen Sicherungsmaßnahmen • Zwangsversteigerungsvermerk • Zwangsverwaltungsvermerk • Hinweis: Testamentsvollstreckervermerk • Hinweis auf weitere Verfügungsbeschränkungen 			
2.4	Abteilung III, Grundpfandrecht		
2.4.1	Sicherungszweck, wirtschaftliche Bedeutung		
2.4.2	Hypotheken/Verkehrshypothek		
<ul style="list-style-type: none"> • Begriff: Akzessorietät • Brief-, Buchhypothek 		<p>§§ 873, 1113, 1163, 1177 BGB</p>	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung der Brief-, Buchhypothek • Löschung der Brief-, Buchhypothek • Belastungsgegenstand - Gesamtrecht • Eintragung der Hypothek • Eigentümerrecht 		§ 1115-1117 BGB	
2.4.3 Sicherungshypothek		§§ 1184, 1185 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Begriff: strenge Akzessorietät • Buchrecht 			
2.4.4 Grundschild		§ 1191 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Begriff: Keine Akzessorietät • Verweisung auf Vorschriften betreffend die Hypotheken 		§ 1192 BGB	
2.4.5 Rentenschuld			
2.4.6 Hypothekenbrief bzw. Grundschuldbrief			
2.4.7 Inhalt des Briefs			
<ul style="list-style-type: none"> • Stichwort: Soll mit Grundbuchinhalt übereinstimmen • Muss-Vorschriften • Soll-Vorschriften • Briefergänzung • Gesamtgrundschuldbrief/-hypothekenbrief • Teilgrundschuldbrief/-hypothekenbrief • Rechtsnatur des Briefs 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlicher Glaube • Briefschlussbehandlung 		§ 1140 BGB	
2.4.8 Rang	2	§§ 17, 45 GBO, § 879 Abs. 1 BGB	
2.4.9 Prioritätsgrundsatz			
2.4.10 Datums-, Ortsprinzip		§ 879 BGB	
2.4.11 Rangvermerk		§§ 17, 45 GBO, § 879 Abs. 1 BGB	
2.4.12 Bestimmung der Rangverhältnisse			
<ul style="list-style-type: none"> • Rangänderung • Rangvorbehalt 		§ 880 BGB § 881 BGB	
3 Das Grundbuchverfahren	4		
3.1 Antrag		§ 13 GBO	
3.1.1 Antragsgrundsatz			
3.1.2 Ausnahmen von Antragsgrundsatz			
3.1.3 Antragsberechtigung		§ 13 Abs. 1 GBO	
3.1.4 Antragsermächtigung des Notars		§ 15 GBO	
3.1.5 Form des Antrags		§ 30 GBO	
3.1.6 Einlaufbehandlung			
<ul style="list-style-type: none"> • Wirksamwerden des Antrags • Präsentatsbeamter 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Zeitpunkt des Eingangs 		§ 31 GBGA	
<ul style="list-style-type: none"> • Bedeutung des Eingangszeitpunkts für den Rang 		§§ 17, 45 GBO	
3.2 Bewilligung		§ 19 GBO	
<ul style="list-style-type: none"> • Bewilligungsberechtigung 			
<ul style="list-style-type: none"> • Inhalt der Bewilligung 			
<ul style="list-style-type: none"> • Form der Bewilligung 		§ 29 GBO	
3.2.1 Berichtigung des Grundbuchs, Ausnahme vom Bewilligungsgrundsatz		§§ 22-25 GBO	
3.2.2 Einigung, als Ausnahme zum Bewilligungsgrundsatz			
3.3 Voreintragung		§ 39 GBO	
3.4 Sonstige Eintragungsvoraussetzungen, z. B. Briefvorlage		§§ 41, 42 GBO	
3.5 Ausnahmen von der Voreintragung		§ 40 GBO	
3.6 Wichtige Register und Verzeichnisse in Grundbuchsachen			
3.6.1 Eigentümerverzeichnis			
3.6.2 Flurstücksverzeichnis			
3.7 Möglichkeiten der Entscheidung über einen Eintragungsantrag	0,5		
3.7.1 Eintragungen und Folgeverfügungen			
3.7.2 Zwischenverfügung			
3.7.3 Zurückweisung			
3.8 Rechtsmittel in Grundbuchsachen		§§ 71ff. GBO	
3.9 Grundbuch- und Grundakteneinsicht	0,5	§§ 12, 12c, 132, 139 GBO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
3.9.1 Stichwort: Berechtigtes Interesse			
3.9.2 Grundbucheinsicht			
3.9.3 Grundbuchblattabschriften			
<ul style="list-style-type: none">• Form der Blattabschrift• Teilblattabschrift• Kosten			
3.10 <i>Auskünfte</i>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
VIII. STRAFVERFAHRENSRECHT/STRAFVOLLSTRECKUNG			
1 Bedeutung des Strafprozessrechts	1		
1.1 Unterscheidung materielles Strafrecht - formelles Strafrecht			
1.2 Rechtsquellen des formellen Strafrechts			
1.3 Grundsätze des Strafverfahrens			
• Anklagegrundsatz		§ 151 StPO	
• Anklagebehörde		§ 152 Abs. 1 StPO	
• Legalitätsgrundsatz		§ 152 Abs. 2 StPO	
• Unmittelbarkeitsgrundsatz		§ 250 StPO	
• Im Zweifel für den Angeklagten (in dubio pro reo)			
2 Beteiligte am Strafverfahren (hier nur Hinweis)			
• Gericht			
• Staatsanwaltschaft			
• Nebenkläger, Verletzter			
• Beschuldigter, Angeschuldigter, Angeklagter, Verurteilter			
• Verteidiger			
• Zeuge, sachverständiger Zeuge			
• Sachverständiger			
• Dolmetscher			
• Gesetzlicher Vertreter			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<p>2.1 <i>Bekanntmachung gerichtlicher Entscheidungen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vertreter der Verwaltungsbehörde • Bekanntmachung von Entscheidungen • Zustellung an Verteidiger • Zustellung wird angeordnet vom Vorsitzenden und ausgeführt von der Geschäftsstelle • Verfahren nach der ZPO • Öffentliche Zustellung • Zustellung an Staatsanwalt 	2	§ 35 StPO § 145a StPO § 36 Abs. 1 StPO § 37 Abs. 1 StPO § 40 StPO § 41 StPO	Zivilprozessrecht
<p>2.2 <i>Gesetzliche Fristen und richterliche Fristen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Berechnung der Tagesfrist • Berechnung der Wochenfrist • Berechnung der Monatsfrist • Besonderheit Zwischenfrist (Ladungsfrist) • Anschlussfrist 		§ 42 StPO § 43 StPO § 43 StPO	
<p>3 Überblick über den Verfahrensablauf einschl. Organe</p>			
<p>3.1 <i>Das Ermittlungsverfahren</i></p>	3		
<p>3.1.1 Zweck des Ermittlungsverfahrens</p>		§ 160 StPO	
<p>3.1.2 Organe</p>			
<p>3.1.3 Ermittlungsbehörde Staatsanwaltschaft</p>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung, Zuständigkeit und Organisation (nur Hinweis) der Staatsanwaltschaft • Staatsanwaltschaft ist „Herr/in“ des Ermittlungsverfahrens • Hinweis auf Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde 		§§ 141, 143, 146, 150 GVG § 161 StPO § 451 StPO, § 4 StVollstrO	
3.1.4	Polizei		§§ 163, 161 StPO, § 152 GVG
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgaben der Polizei • Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft 		§ 163 StPO § 152 GVG	
3.1.5	Ermittlungsrichter		§ 162 StPO
<ul style="list-style-type: none"> • Zwangsmaßnahmen • Freiheitsbeschränkung 		Art. 104 GG, §§ 126a, 125 StPO	
3.1.6	Einleitung des Ermittlungsverfahrens		§ 158 StPO Strafrecht § 160 StPO
<ul style="list-style-type: none"> • Strafanzeige, Strafantrag • Amtliche Wahrnehmung 			
3.1.7	Durchführung des Ermittlungsverfahrens		§§ 163a, 136, 136a StPO § 161a StPO § 161 StPO § 160 Abs. 3 Satz 2 StPO
<ul style="list-style-type: none"> • Vernehmung des Beschuldigten • Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen • Behördliche Auskünfte • Mitwirkung der Gerichtshilfe 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgaben der Polizei 		§ 163 StPO, § 152 GVG	
3.2 <i>Zwangsmittel</i>			
3.2.1 Vorläufige Festnahme und Haft			
<ul style="list-style-type: none"> • Zuständiger Haftrichter (im Ermittlungsverfahren) • Voraussetzungen für die vorläufige Festnahme 		§ 162 StPO § 127 Abs. 1, 2, 3 StPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Vorführung und Erlass Haftbefehl bei vorläufiger Festnahme • Voraussetzungen des Haftbefehls 		§ 128 StPO §§ 112, 112a StPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Erlass Haftbefehl vor Festnahme und Vorführung bei Ergreifen 		§§ 125, 115, 115a StPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Haftbefehl (Formalien) • Vollstreckung durch StA 		§ 114 StPO § 36 Abs. 2 StPO	
3.2.2 Haftbeschwerde, weitere Beschwerde, Haftprüfung		§§ 304, 306, 310, 117 StPO	
3.2.3 Hinweis auf weitere Zwangsmittel (Durchsuchung, Beschlagnahme, Blutprobe, vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis: Sicherstellung)		§§ 81 ff. StPO	
3.3 <i>Abschluss des Ermittlungsverfahrens</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Abschlussvermerk 		§ 169a StPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Erhebung der öffentlichen Klage 		§ 170 Abs. 1 StPO	
<ul style="list-style-type: none"> ○ Anklageschrift 		§ 199 Abs. 2, § 200 StPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
○ Antrag auf beschleunigtes Verfahren (hier nur Hinweis)		§ 417 StPO	
○ Antrag auf Erlass Strafbefehl (hier nur Hinweis)		§ 407 StPO	
○ Antrag auf vereinfachtes Jugendverfahren (hier nur Hinweis)		§ 76 JGG	
● Einstellung des Verfahrens		§ 170 Abs. 2 StPO	
○ Aus prozessualen Gründen (z.B. Strafunmündigkeit, Verjährung, Fehlen Strafantrag)		§§ 19, 78 StGB, § 158 Abs. 2 StGB	Strafrecht
○ Aus tatsächlichen Gründen (z.B. kein Tat-, Schuldnachweis)			
○ Aus materiellen Gründen (z.B. Tat nicht strafbar)		§ 1 StGB	
○ Aus Gründen des Opportunitätsprinzips		§§ 153 ff. StPO	
● Hinweis auf Klageerzwingungsverfahren		§ 172 StPO	
● Hinweis auf Privatklageverfahren		§ 374 StPO	
3.4 Zwischenverfahren	3		
3.4.1 Organe und Zuständigkeit in erster Instanz			
● Amtsgericht: Spruchkörper, sachliche Zuständigkeiten und Besetzung		§§ 22, 24, 25, 28, 29 GVG	
● Landgericht: Spruchkörper, sachliche Zuständigkeiten und Besetzung (Hinweis auf verschiedene Kammern)		§§ 60, 74, 76, 74a-c GVG	
● Oberlandesgerichte: Spruchkörper, sachliche Zuständigkeit und Besetzung		§§ 116, 120, 122 GVG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
• Örtliche Zuständigkeit		§§ 1, 7, 8, 9, 12, 13 StPO	
• Funktionelle Zuständigkeit			
○ Geschäftsverteilung		§§ 21a ff. GVG	
○ Gesetzlicher Richter (Hinweis auf GG, BV, DRiG, GVG)			
3.4.2 Zweck des Zwischenverfahrens			
• Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens		§§ 199-203, 207 StPO	
• Hinweis auf Prüfung Eröffnungszuständigkeit		§ 209 StPO	
3.4.3 Abschluss des Zwischenverfahrens			
3.4.4 Eröffnung Hauptverfahren		§§ 203, 199 Abs. 1 StPO	
3.4.5 Ablehnung der Eröffnung samt Rechtsmittel		§§ 204, 210 StPO	
3.4.6 Einstellungen		§ 170 Abs. 2, § 153ff. StPO	
3.5 <i>Hauptverfahren</i>			
3.5.1 Vorbereitung der Hauptverhandlung	2		
• Terminbestimmung		§ 213 StPO	
• Ladung der Beteiligten (Angeklagter, Verteidiger, Zeugen und Sachverständige)		§§ 214-218 StPO	
• Ladungsfrist		§ 217 StPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Form der Ladungen 		§§ 35, 48, 51, 37 StPO, §§ 166 ff. ZPO	Zivilprozessrecht
3.5.2 Gang der Hauptverhandlung		<ul style="list-style-type: none"> • Beginn der Hauptverhandlung § 243 StPO • die Beweisaufnahme § 244 StPO • die Schlussvorträge § 258 StPO • das Urteil § 260 StPO 	
3.5.3 Öffentlichkeit und Ordnungsmittel		<ul style="list-style-type: none"> • Grundsatz der Öffentlichkeit § 169 GVG • Ausnahmen: Ausschluss der Öffentlichkeit (nur kurzer Hinweis) §§ 171a, b, 172 GVG • Öffentlichkeit der Urteilsverkündung § 173 GVG • Ausnahme im Jugendverfahren (hier nur Hinweis) § 48 JGG • Kurzer Hinweis auf Sitzungspolizei, Ordnungsmittel und deren Vollstreckung §§ 176, 177, 178, 179 GVG, § 36 Abs. 2 Satz 2 StPO 	
3.5.4 Hinweis auf Ausschluss und Ablehnung von Gerichtspersonen		<ul style="list-style-type: none"> • Ausschlussgründe §§ 22, 23, 31 StPO • Ablehnungsgründe § 24 StPO • Rechtsmittel § 28 StPO 	
4 Rechtsmittel	4		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
4.1 Allgemeine Vorschriften (v.a. Berechtigung)		§§ 296-303 StPO	
4.2 Beschwerde: Zulässigkeit der einfachen und sofortigen Beschwerde; kurzer Hinweis auf Abhilfemöglichkeit		§§ 304, 305, 306, 311 StPO	
4.3 Berufung: Zulässigkeit und Zuständigkeit einschl. Besetzung (Landgericht)		§§ 312, 313, 314 StPO, §§ 74 Abs. 3, 76 Abs. 1 GVG	
4.4 Revision und Sprungrevision: Zulässigkeit (Einlegung und Begründung) und Zuständigkeit einschl. Besetzung (Bundesgerichtshof bzw. OLG bei Sprungrevision); kurzer Hinweis auf Revisionsgründe		§§ 333, 335, 341, 344, 345, 337, 338 StPO, §§ 121, 123, 130, 132, 135, 139 GVG	
4.5 Sonstige Rechtsbehelfe (nur kurzer Hinweis)			
• Voraussetzungen der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand		§§ 44, 45 StPO	
• Voraussetzungen der Wiederaufnahme des Verfahrens		§ 359 StPO	
5 Die Rechtskraft	1		
5.1 Eintritt der Rechtskraft			
• Nach Ablauf der Rechtsmittelfrist		§§ 314, 341 StPO	
• Bei Verzicht		§ 302 StPO	
• Bei Rücknahme des Rechtsmittels		§ 302 StPO	
• Bei Verkündung, wenn kein Rechtsmittel mehr möglich ist		§ 34a StPO	
5.2 Wirkung der Rechtskraft (formell und materiell)			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Grundlage der Strafvollstreckung 		§ 449 StPO, §§ 4, 13 Abs. 4 StVollstrO, § 153 GVG, §§ 5, 7 GeschStV	
5.3			<i>Zuständigkeit für die Bescheinigung der Rechtskraft</i>
6			Besondere Verfahrensarten
6.1			<i>Strafbefehlsverfahren</i>
	1		
6.1.1		§ 407 StPO	Zulässigkeit
6.1.2		§ 408 Abs. 2, 3, § 35 Abs. 2 StPO	Verfahrensablauf ohne Einspruch
6.1.3		§ 410 StPO	Rechtsbehelf: Einspruch
6.1.4		§ 411 Abs. 1 StPO	Gang des Verfahrens nach Einspruchseinlegung
6.1.5	1		Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende
6.1.6		§ 1 JGG	Anwendungsbereich des Jugendgerichtsgesetzes (JGG)
6.1.7		§§ 39-42 JGG	Zuständigkeit der Jugendgerichte
6.1.8		§§ 33-38 JGG	Die verschiedenen Jugendgerichte und ihre Besetzung
6.1.9		§ 5 JGG	Folgen der Jugendstraftat
		§§ 9-12 JGG	<ul style="list-style-type: none"> • Erziehungsmaßregeln
		§§ 13-16a JGG	<ul style="list-style-type: none"> • Zuchtmittel
		§§ 17 ff. JGG	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendstrafe
6.1.10			Hinweis auf Besonderheiten im Jugendstrafverfahren
		§ 48 JGG	<ul style="list-style-type: none"> • Nichtöffentlichkeit

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Jugendgerichtshilfe • Jugendschöffen • Beschränkung der Rechtsmittel • Höchstdauer der Jugendstrafe • Gegen Jugendliche gibt es kein Strafbefehlsverfahren, keine Privat- und Nebenklage • Zuständigkeit des Jugendrichters für die Strafvollstreckung 		§§ 38, 70 JGG §§ 33a Abs. 1, 35 JGG § 55 Abs. 2 JGG § 18 JGG §§ 79, 80 JGG § 82 JGG	
6.1.11		§§ 105, 107, 108, 109 JGG	
6.2	3	<i>Nebenklageverfahren (nur Hinweis auf Voraussetzungen und Rechte des Nebenklägers)</i>	§§ 395, 396, 397, 400, 401 StPO
6.3		<i>Beschleunigtes Verfahren (nur Hinweis auf Voraussetzungen und Besonderheiten)</i>	§§ 417, 418 StPO
6.4		<i>Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem OWiG (kurzer Überblick)</i>	
<ul style="list-style-type: none"> • „Mischrechte“ (materielles und formelles Recht) • Anwendungsbereich • Rechtsfolgen der OWi • Ahndung durch Bußgeldbescheid • Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde für Bußgeldbescheid • Mögliche Abgabe an Staatsanwaltschaft 		§ 1 OWiG § 17 OWiG § 65 OWiG §§ 35-37 OWiG §§ 41, 42 OWiG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Einspruch gegen Bußgeldbescheid 		§ 67 OWiG	
<ul style="list-style-type: none"> • Entscheidung über Einspruch durch Gericht 		§ 68-70 OWiG	
<ul style="list-style-type: none"> • Hauptverfahren vor Gericht bei zulässigem Einspruch 			
<ul style="list-style-type: none"> <ul style="list-style-type: none"> ○ mit Hauptverhandlung durch Urteil 		§ 71 OWiG	
<ul style="list-style-type: none"> <ul style="list-style-type: none"> ○ ohne Hauptverhandlung durch Beschluss 		§ 72 OWiG	
<ul style="list-style-type: none"> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde gegen Urteil oder Beschluss 		§ 79 OWiG	
<ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkung der StA im Verfahren 		§ 75 OWiG	
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf Vollstreckung des Bußgeldbescheids 		§§ 89, 90 OWiG	
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf Vollstreckung der gerichtlichen Bußgeldentscheidung 		§§ 89, 91, 92 OWiG	
<p>7 Strafvollstreckung</p>			
<p>7.1 Voraussetzungen</p>	1		
<p>7.2 Grundsätze der Strafvollstreckung</p>		§§ 1-3 StVollstrO	
<p>7.3 Zuständigkeit (getrennt nach Vollstreckung gegen Erwachsene, Jugendliche und Ordnungswidrigkeiten)</p>			
<ul style="list-style-type: none"> • Sachlich 		§ 451 Abs. 1 StPO, § 91 OWiG, § 4 StVollstrO, § 82 Abs. 1 JGG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
• Örtlich		§ 1 StPO, § 143 GVG, § 7 Abs. 1 StVollstrO, § 46 Abs. 1 OWiG, §§ 84, 85 JGG	
• Funktionell		§ 10 StVollstrO, § 31 Abs. 2, 5 RPflG	
7.3.1 Vollstreckungsfähige Entscheidung			
• Urteil		§ 260 StPO	
• Strafbefehl		§§ 409, 410 StPO	
• Gesamtstrafenbeschluss		§ 460 StPO	
• Urteile und Beschlüsse in OWi-Verfahren		§§ 71, 72 OWiG, § 260 StPO	
7.3.2 Rechtskraft dieser Entscheidungen		§ 449 StPO, § 13 Abs. 1 StVollstrO, § 89 OWiG	
7.3.3 Bescheinigung der Rechtskraft		§ 451 Abs. 1 StPO, § 13 StVollstrO	
7.3.4 Vollstreckungshindernisse (nur kurzer Hinweis)			
• Einstellung der Vollstreckung durch das Gericht		§§ 47 Abs. 2, 360 Abs. 2, 458 Abs. 3 StPO	
• Strafaufschub bzw. Strafunterbrechung bei Geldstrafen		§§ 455-456a StPO, §§ 17, 45-46a StVollstrO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Absehen von der Vollstreckung • Vollstreckungsverjährung 		§§ 459d, f StPO §§ 79-79b StGB, § 34 OWiG	
7.4 Vollstreckung einer Freiheitsstrafe	1		
7.4.1 Übersicht über den Ablauf der Freiheitsstrafenvollstreckung			
<ul style="list-style-type: none"> • Ladung zum Strafantritt • Hinweis auf Vollstreckungsplan (zuständige Justizvollzugsanstalt) • Aufnahmeersuchen • Haftbefehl • Hinweis auf Fahndungsmöglichkeiten • Voraussetzungen der Aussetzung des Strafrests zur Bewährung einschließlich Zuständigkeit der Strafvollstreckungskammer 		§ 27 StVollstrO § 22 Abs. 1, 2 StVollstrO §§ 29, 30 StVollstrO § 457 StPO, § 33 StVollstrO § 34 StVollstrO §§ 57, 57a StGB, §§ 454, 462a StPO, §§ 78a, b GVG	
7.4.2 Bewährungsüberwachung (nur kurzer Überblick)		§ 56 ff. StGB	
7.5 Die Vollstreckung der Geldstrafe, Geldbuße und der strafgerichtlichen Kosten	1		
7.5.1 Zuständigkeit			
7.5.2 Die Einforderung der Geldstrafe durch Kostenrechnung		§ 459 StPO, § 48 StVollstrO, §§ 1-5 EBAO, § 1 JBeitrG	
7.5.3 Die Vollstreckung (Beitreibung) der Geldstrafe			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Mahnung • Zahlungserleichterungen • Beitreibungsmaßnahmen <ul style="list-style-type: none"> ○ Vollstreckung in körperliche Sachen ○ Vermögensauskunft mit eidesstattlicher Versicherung ○ Hinweis auf weitere Vollstreckungsmöglichkeiten • Die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe • Hinweis auf Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit 		<p>§ 5 Abs. 2 JBeitrG, § 7 EBAO</p> <p>§§ 459a, b StPO</p> <p>§ 8 EBAO</p> <p>§§ 459c StPO, § 6 JBeitrG, §§ 808 ff. ZPO, §§ 9-12 EBAO</p> <p>§§ 6, 7 JBeitrG, §§ 802a Abs. 2 Nr. 2, 802c, § 802g ZPO</p> <p>§ 802a Abs. 2, §§ 828, 835 ZPO</p> <p>§§ 459 e, f StPO, § 43 StGB, §§ 49- 51 StVollstrO</p> <p>Art. 293 EGStGB</p>	
<p>7.5.4 Die Vollstreckung der Geldbuße und das Verfahren zur Anordnung der Erzwingungshaft</p>		<p>§§ 90 ff. OWiG, § 87 StVollstrO</p>	
<p>7.6 Die Vollstreckung gegen Jugendliche</p>	1	<p>RiJGG zu §§ 82-85</p>	Strafrecht
<p>7.6.1 Sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit</p>		<p>§§ 82, 84, 85 JGG, § 31 Abs. 5 RPflG</p>	
<p>7.6.2 Hinweis auf Vollstreckung von Erziehungsmaßnahmen, Verwarnung und Auflagen</p>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
7.6.3 Hinweis auf Vollstreckung von Jugendarrest und Jugendstrafe sowie Maßregeln der Besserung und Sicherung		§§ 86-88, 90 93a JGG	
7.7 <i>Die Vollstreckung von Maßregeln der Besserung und Sicherung</i>	1		Strafrecht
7.7.1 Maßregeln mit Freiheitsentziehung		§§ 61, 63, 64, 66, 67d, e StGB, § 53 StVollstrO	
7.7.2 Maßregeln ohne Freiheitsentziehung		§§ 61, 68, 68a, b, c, 70 StGB, §§ 54a, 55 StVollstrO	
7.8 <i>Vollstreckung der Entziehung der Fahrerlaubnis in Abgrenzung zum Fahrverbot (Wirkung, Dauer, Wirksamwerden)</i>	1		Strafrecht
7.8.1 Die Entziehung der Fahrerlaubnis		§§ 69, 69a StGB, §§ 56, 61, 62 StVollstrO	
7.8.2 Das Fahrverbot		§ 44 StGB, § 59a StVollstrO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
IX. HANDELS- UND REGISTERRECHT			
1 Bedeutung der Kaufmannseigenschaft	1		
1.1 <i>Handelsgeschäft</i>		§§ 343 ff., 349, 350, 352 HGB	
1.2 <i>Begriff Handelskauf</i>		§ 373 HGB	
1.3 <i>Gerichtsstandsvereinbarung</i>		§ 38 ZPO	
1.4 <i>Hinweis auf Schiffsregister und Register für Pfandrecht an Luftfahrzeugen</i>			
1.5 <i>Kaufleute</i>	2		
1.6 <i>Istkaufmann</i>		§ 1 HGB	
1.6.1 Freie Berufe, Abgrenzung zum Partnerschaftsgesellschaftsgesetz (PartGG)			
1.7 <i>Kannkaufmann</i>		§ 2, 3 HGB	
1.7.1 Aufgrund Eintragung im Handelsregister			
1.7.2 Forst- und landwirtschaftlicher Betrieb/Nebengewerbe			
1.8 <i>Formkaufmann</i>		§ 6 HGB	
1.9 <i>Scheinkaufmann (kraft Eintragung)</i>		§ 5 HGB	
2 Firma			
2.1 <i>Wesen der Firma</i>		§ 17 HGB	
2.2 <i>Kern – Zusatz</i>			
2.3 <i>Arten</i>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
2.4 <i>Firmengrundsätze</i>			
2.4.1 Wahrheit, Unterscheidbarkeit		§§ 18 Abs. 2, 30 HGB	
3 Unternehmensformen			
3.1 <i>Einzelfirma</i>	2		
• Wesen			
• Begriff		§ 17 HGB, §§ 18, 19, 30 HGB	
• Firma			
• Anmeldepflichten und Zeichnung		§§ 29, 31 HGB	
• Angaben auf dem Geschäftsbriefbogen		§ 37a HGB	
3.2 <i>Offene Handelsgesellschaft</i>	2	§§ 105 ff. HGB	
• Wesen		§§ 105, 124 HGB, §§ 705 ff. BGB	
• Firma		§§ 17, 18, 19 HGB	
• Vertretung/Geschäftsführung		§§ 125, 114 HGB	
• Haftung		§ 128 HGB	
• Gründung		§ 123 HGB	
• Auflösung		§ 131 HGB	
• Anmeldepflichten und Zeichnung		§ 106 HGB	
3.3 <i>Kommanditgesellschaft</i>	2		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Wesen 		§§ 161, 105, 124 HGB, §§ 705 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Firma 		§§ 17, 18, 19 HGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Vertretung/Geschäftsführung 		§§ 164, 170 HGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Haftung 		§ 171 HGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Gründung 			
<ul style="list-style-type: none"> • Auflösung 			
<ul style="list-style-type: none"> • Anmeldepflichten und Zeichnung 			
<ul style="list-style-type: none"> • GmbH & Co. KG 		§ 19 Abs. 2 HGB	
3.4 <i>Aktiengesellschaft – AG</i>	1		
<ul style="list-style-type: none"> • Wesen 		§§ 1, 3 AktG	
<ul style="list-style-type: none"> • Kapital 		§§ 6 ff. AktG	
<ul style="list-style-type: none"> • Firma 		§ 4 AktG	
<ul style="list-style-type: none"> • Organe/Vertretung/Geschäftsführung 		§§ 78, 84, 111, 118 AktG	
<ul style="list-style-type: none"> • Haftung 			
<ul style="list-style-type: none"> • Gründung 		§§ 23 ff. AktG	
<ul style="list-style-type: none"> • Auflösung 		§§ 262 ff. AktG	
<ul style="list-style-type: none"> • Anmeldepflichten und Zeichnung 			
<ul style="list-style-type: none"> • Sonstiges 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
3.5 <i>Gesellschaft mit beschränkter Haftung/-Unternehmer-gesellschaft (haftungsbeschränkt)</i> <ul style="list-style-type: none"> • Wesen • Kapital (Besonderheit UG haftungsbeschränkt) • Firma • Organe/Vertretung/Geschäftsführung • Haftung • Gründung • Auflösung • Anmeldepflichten und Zeichnung • Sonstiges 	3	§ 1, 13 GmbHG § 5, § 5a GmbHG § 4 GmbHG §§ 6, 48, 52, 35 ff. GmbHG § 13 GmbHG §§ 3, 11 GmbHG §§ 60 ff. GmbHG, LöschG	
3.6 <i>Sonstige Unternehmensformen</i> <ul style="list-style-type: none"> • Kommanditgesellschaft auf Aktien • Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit • Interessengemeinschaften 	0,5		
4 Das Handelsregister	4		
4.1 <i>Publizität</i>		§ 15 HGB	
4.2 <i>Zuständigkeiten</i>			

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
4.2.1	Sachlich		§ 8 HGB, § 23a Abs. 1 Nr. 2, § 23a Abs. 2 Nr. 3 GVG (§ 374 FamFG), § 376 FamFG	
4.2.2	Örtlich		§§ 376, 377 FamFG	
4.2.3	Funktionell		§§ 3 Nr. 2d, 17 RPfIG, §§ 28, 29 HRV, GeschStV	
4.3	<i>Einteilung und Form</i>		§§ 3, 39 ff. HRV	
4.4	<i>Mitteilungen und Bekanntmachungen</i>			
4.4.1	Mitteilungen an Antragsteller usw.		§ 383 FamFG, §§ 28, 36, 37 HRV, MiZi XXI	
4.4.2	Öffentliche Bekanntmachungen bei Firmenübernahme mit Haftungsbeschränkung		§ 10 HGB, §§ 11, 27, 32-34 HRV, § 162 HGB, VSJu 701-1	
4.5	<i>Register- und Akteneinsicht</i>		§ 9 HGB, §§ 10, 29 HRV, §§ 13, 385 FamFG	
4.6	<i>Erteilung von Abschriften und Bescheinigungen</i>		§§ 13, 386, 387 FamFG (siehe HRV, VRV, Gen- RegVO, PRV)	
4.7	<i>Kosten</i>	0,5	§§ 1, 34, 36, 105- 108 GNotKG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
5 Firmenfortführung	2	§§ 21 ff. HGB	
5.1 <i>Fortführung bei Namensänderung</i>		§ 21 HGB	
5.2 <i>Fortführung bei Erwerb eines Handelsgeschäfts</i>		§ 22 HGB	
5.3 <i>Fortführung bei Änderung des Gesellschafterbestandes</i>		§ 24 HGB	
5.4 <i>Haftung bei Firmenfortführung</i>	1	§§ 25- 27 HGB	
5.5 <i>Haftungsausschluss</i>		§ 25 Abs. 2, 3, § 27 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB	
6 Prokura	2	§§ 48 ff. HGB	
6.1 <i>Erteilung der Prokura (auch für Zweigniederlassung)</i>		§ 48 HGB	
6.2 <i>Umfang der Prokura</i>		§§ 49, 50 HGB	
6.3 <i>Arten der Prokura</i>		§ 48 Abs. 2 HGB	
6.4 <i>Zeichnung der Prokuristen</i>		§ 51 HGB	
6.5 <i>Anmeldung zum Handelsregister</i>		§ 53 HGB	
6.6 <i>Erlöschen der Prokura</i>		§ 52 HGB	
6.7 <i>Handlungsvollmacht</i>		§ 54 HGB	
7 Zweigniederlassung - Filiale	1		
7.1 <i>Errichtung einer Zweigniederlassung</i>		§ 13 HGB	
7.2 <i>Firma der Zweigniederlassung</i>			
7.3 <i>Behandlung bestehender Zweigniederlassungen</i>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
7.4 <i>Aufhebung einer Zweigniederlassung</i>		§ 13 Abs. 3 HGB	
7.5 <i>Filiale - unselbstständige Zweigniederlassung</i>			
8 Genossenschaft	2	§§ 1 ff. GenG	
• Wesen		§§ 1, 17 GenG	
• Firma		§ 3 GenG	
• Organe		§ 9 GenG	
○ Vorstand, Vertretung		§§ 24, 25, 26 GenG	
○ Aufsichtsrat		§§ 38, 39 GenG	
○ Generalversammlung/Vertreterversammlung		§§ 43, 43a GenG	
• Haftung		§ 2 GenG	
• Gründung		§§ 4-6 GenG	
• Auflösung		§§ 78 ff GenG	
• Anmeldepflichten und Zeichnung		§§ 10, 11, 157 GenG	
• Hinweis auf EDV-Genossenschaftsregister		GenRegV	
• Einrichtung und Führung des Genossenschaftsregisters		§ 10 GenG	
• Zuständigkeiten			
○ Sachlich		§ 10 Abs. 1 GenG; §§ 374 Nr. 2, 376 Abs. 1, 2 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
○ Örtlich		§ 377 Abs. 1 FamFG	
○ Funktionell		§§ 17, 3 Nr. 2d RPfIG	
• Einteilung und Form des Genossenschaftsregisters		§ 25 GenRegV (Anlage 1 und 2 zu § 25 GenRegV)	
• Öffentliche Bekanntmachung		§ 156 Abs. 1 GenG, § 10 HGB, § 4 GenRegV	
• Einsicht, Abschriften und Bescheinigungen		§ 1 GenRegV, §§ 385, 386 FamFG, § 156 Abs. 1 GenG, § 9 HGB	
• Publizität des Genossenschaftsregisters		§ 29 GenG	
9 Verein	2	§§ 21 ff. BGB	
• Wesen		§§ 21,22 BGB	
• Vereinsname		§ 65 BGB	
• Satzung des Vereins		§ 25 BGB	
• Organe			
○ Vorstand		§ 26 BGB	
○ Mitgliederversammlung		§ 32 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
• Vertretung		§ 26 Abs. 1 Satz 2, § 26 Abs. 2, § 30 BGB	
• Haftung		§ 31 BGB	
• Gründung		§§ 25, 56 BGB	
• Auflösung		§§ 41, 42, 47-49 BGB	
• Anmeldepflichten		§§ 59, 50, 67, 71, 74-77 BGB	
• Grundzüge des Vereinsregisters	0,5	§§ 55, 55a BGB, VRV	
• Zuständigkeiten			
○ Sachlich		§ 1 VRV	
○ Örtlich		§ 55 BGB, § 377 Abs. 1 FamFG	
○ Funktionell		§ 3 Nr. 1a RPfIG	
• Einsicht, Abschriften und Bescheinigungen		§§ 79, 69 BGB, §§ 16, 17, 31, 32 VRV, §§ 386, 385 FamFG	
• Publizität des Vereinsregisters		§ 68 BGB	
10 Güterrechtsregister	0,5	§§ 1558 ff. BGB, § 374 Nr. 5 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
10.1 <i>Bedeutung des Güterrechtsregisters und eintragungsfähige Tatsachen</i>			
10.2 <i>Zuständigkeit (sachlich, örtlich und funktionell)</i>		§ 23a Abs. 1 Nr. 2, § 23a Abs. 2 Nr. 3 GVG, § 1558 BGB, § 377 Abs. 3 FamFG, § 3 Nr. 1e RPfIG	
10.3 <i>Form des Güterrechtsregisters</i>			
11 Partnerschaftsgesellschaften (PartGG)	1	§§ 1 ff. PartGG	
• Wesen		§ 1 PartGG	
• Name		§§ 2, 11 PartGG	
• Rechtliche Stellung		§ 7 Abs. 2 PartGG, § 124 Abs. 1 HGB	
• Vertretung		§ 7 Abs. 3 PartGG, §§ 125-127 HGB	
• Haftung		§ 8 PartGG	
• Anmeldepflichten		§ 4 PartGG	
• Erstanmeldung		§ 4 Abs. 1 Satz 2, §§ 5, 3 PartGG	
• Änderungen		§ 2 Abs. 2, § 4 Abs. 1 Satz 3 PartGG	

Ausbildungsabschnitt **Fachtheoretischer Lehrgang**
Lehrgebiet: **Handels- und Registerrecht**

Unterrichtseinheiten 30

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none">• Zuständigkeiten		§ 23a Abs. 1 Nr. 2, § 23a Abs. 2 Nr. 3 GVG, § 374 Nr. 3 FamFG, § 377 Abs. 1 FamFG, §§ 17, 3 Nr. 2d RPfIG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
X. NACHLASSRECHT			
1 Einführung in das Erbrecht	1		
1.1 Grundrecht Erbrecht		Art. 14 Abs. 1 GG, Art. 103 BV	
1.2 Geschichtliche Entwicklung des Erbrechts			
1.3 Rechtsquellen, Reformen			
1.4 Leitende Grundsätze des Erbrechts			
• Prinzip der Gesamtrechtsnachfolge		§ 1922 BGB	
• Prinzip der Familienerbfolge		§§ 1924 ff., 1931 BGB	
• Prinzip der Testierfreiheit		§§ 1937, 1941 BGB	
1.5 Erläuterung der Grundbegriffe			
• Erbfall		§ 1922 Abs. 1 BGB	
• Erblasser			
• Erbfähigkeit		§§ 1, 1923 BGB	
• Erbe, Vermächtnisnehmer		§ 1922 Abs. 1, § 1939, § 2147 BGB	
• Erbschaft, Nachlass, Vermögen		§ 1922 Abs. 1 BGB	
• Erbteil		§ 2033 BGB	
2 Die gesetzliche Erbfolge	6		

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
2.1	<i>Erbrecht der Verwandten</i>			
2.1.1	1. mit 3. Ordnung		§§ 1924-1926, 1930 BGB	
2.2	<i>Ehegattenerbrecht</i>		§ 1931 BGB	
	• In allen Güterständen			
	• Voraus des Ehegatten		§ 1932 BGB	
	• Ausschluss des Ehegattenerbrechts		§ 1933 BGB	
2.3	<i>Erbrecht des Fiskus</i>		§ 1936 BGB	
3	Die gewillkürte Erbfolge	5		
3.1	<i>Testierfähigkeit</i>			
	• Testierunfähigkeit		§ 104 Nr. 1, § 2229 Abs. 3 BGB	
	• Beschränkte Testierfähigkeit		§§ 2229 Abs. 1, 2, § 2233 Abs. 1, 2247 Abs. 4 BGB	
	• Volle Testierfähigkeit		§§ 2, 2229, BGB	
3.2	<i>Arten der Verfügungen von Todes wegen</i>		§ 2231 BGB	
3.2.1	Das notarielle Testament		§§ 2231 Nr. 1, 2232 BGB	
	• Errichtung durch mündliche Erklärung		§ 2232 BGB, §§ 8 ff. BeurkG	
	• Errichtung durch Übergabe einer offenen Schrift		§ 2232 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Errichtung durch Übergabe einer verschlossenen Schrift 		§ 2232 BGB	
3.2.2 Das eigenhändige Testament		§ 2247 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Form der Errichtung 		§ 2247 Abs. 1, 4 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Unterschrift 		§ 2247 Abs. 1, 3 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Zeit und Ort der Errichtung 		§ 2247 Abs. 2, 5 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf Verwahrungsmöglichkeit 		§ 2248 BGB	
3.2.3 Das gemeinschaftliche Testament		§§ 2265 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Form der Errichtung 		§§ 2265, 2267, 2247 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Wirkung von wechselbezüglichen Verfügungen 		§ 2270 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen 		§§ 2271, 2296 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Ungültigkeit bei Eheauflösung 		§§ 2268, 2077 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis 		§§ 2272, 2273 Abs. 1 BGB	
3.2.4 Das Berliner Testament		§ 2269 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Inhalt dieses Testaments 		§ 2269 Abs. 1 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Vermächnisse 		§ 2269 Abs. 1 BGB	
3.3 <i>Widerruf eines Testaments</i>			
3.3.1 Widerruf durch Testament		§§ 2253, 2254, 2258 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
3.3.2		§ 2255 BGB	
3.3.3		§ 2256 BGB	
4		§§ 2274 ff. BGB	
• Was ist ein Erbvertrag		§ 1941 BGB	
• Voraussetzungen		§§ 2274, 2275 BGB	
• Form der Errichtung		§ 2276 BGB	
• Wirkung des Erbvertrags		§§ 2286, 2293, 2289 BGB	
• Aufhebung des Erbvertrags		§§ 2290, 2292, 2293, 2296 BGB	
• Inhalt der Verfügungen von Todes wegen			
5		§§ 1937, 1938, 2096 BGB	
5.1		§ 2147 ff. BGB	
• Begriffsbestimmung		§ 1939 BGB	
• Auslegungsregel		§ 2087 Abs. 2 BGB	
• Schuldrechtlicher Anspruch		§ 2174 BGB	
• Anfall des Vermächtnisses		§ 2176 BGB	
• Annahme und Ausschlagung		§ 2180 BGB	
• Verjährung des Anspruchs		§ 195 BGB	
• Hinweis auf Vorausvermächtnis		§ 2150 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
5.2 Die Auflage		§§ 2192 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Begriffsbestimmung • Inhalt einer Auflage 		§ 1940 BGB	
5.3 Testamentsvollstreckung		§§ 2197 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Benennung eines Testamentsvollstreckers • Annahme und Ablehnung des Amtes • Aufgaben des Testamentsvollstreckers 		§§ 2197-2200 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Erlöschen des Amtes 		§ 2202 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Anspruch auf Vergütung 		§§ 2203, 2204, 2205, 2211 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Testamentsvollstreckerzeugnis 		§ 2225 BGB	
5.4 Vor- und Nacherbfolge		§ 2221 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Begriffsbestimmung 		§ 2368 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Stellung des Vorerben 		§§ 2100 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Befreiung des Vorerben 		§ 2100 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Rechte des Nacherben 		§§ 2112 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Eintritt des Nacherbfalls 		§ 2136 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Rechte des Nacherben 		§§ 2121, 2127 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf Einziehung des dem Vorerben erteilten Erbscheins 		§§ 2106, 2139 BGB	
6 Der Pflichtteil		§§ 2130 ff. BGB	
6.1 Pflichtteilsberechtigte		§ 2361 BGB	
	1	§§ 2303 ff. BGB	
		§ 2303 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> Kein Pflichtteilsrecht haben Der Ausschlagende Ausnahmen 		§ 1953 BGB §§ 2306 Abs. 1 Satz 2, 2303 Abs. 2 Satz 2, 1371 Abs. 3 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> Der Erbverzichtende Der Erbunwürdige 		§ 2346 Abs. 1 BGB §§ 2345, 2333-2335 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> Feststellung des Pflichtteils Entstehung des Anspruchs Verjährung des Anspruchs 		§§ 2339 ff. BGB § 2317 BGB § 2332 BGB	
7 Die rechtliche Stellung der Erben	2		
7.1 Anfall und Annahme der Erbschaft		§§ 1922, 1942, 1943 BGB	
7.2 Ausschlagung der Erbschaft		§§ 1942 ff. BGB	
<ul style="list-style-type: none"> Ausschlagungsfrist Form der Ausschlagung Wirkung der Ausschlagung Hinweis auf Anfechtungsmöglichkeiten der Ausschlagungserklärung 		§§ 1944, 1946 BGB §§ 1945, 1947 BGB § 1953 BGB §§ 1949, 1954-1957 BGB	
8 Die Erbengemeinschaft	0,5	§ 2032 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> Gesamthandsgemeinschaft 		§§ 2040, 2033 BGB	

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtschuldnerische Haftung • Vorkaufsrecht der Miterben • Auseinandersetzung 		§ 2058 BGB § 2034 BGB § 2042 BGB	
9	Der Erbschein	0,5		
	<ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Einführung • Sinn und Zweck des Erbscheins • Nachweis für öffentliche Register • Hinweis auf den guten Glauben 		§ 35 GBO §§ 2365-2367 BGB	
9.1	Arten der Erbscheine			
	<ul style="list-style-type: none"> • Erbschein des Alleinerben • Teilerbschein, Mindestteilerbschein • Gemeinschaftlicher Erbschein • Gemeinschaftlicher Teilerbschein • Gegenständlich beschränkter Erbschein 		§ 2353 BGB § 2357 BGB § 2369 BGB	
9.2	Zuständigkeit des Nachlassgerichts	1		
			§ 23a Abs. 1 Nr. 2, § 23a Abs. 2 Nr. 2 GVG, § 342 ff. FamFG, §§ 343, 344 FamFG, §§ 3 Nr. 2c, 16 RPfIG	
9.2.1	Antragserfordernis		§ 2353 BGB	
9.2.2	Antragsberechtigung			

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
9.2.3	Nachweisungen für Erbschein <ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund Gesetzes • Aufgrund Verfügung von Todes wegen 		§§ 2354, 2356, 2357 BGB §§ 2355, 2356, 2357 BGB	
9.2.4	Ermittlungspflicht des Nachlassgerichts		§§ 2358 Abs. 1, 2359 BGB, § 352 FamFG	
9.2.5	Hinweis auf öffentliche Aufforderung		§ 2358 Abs. 2 BGB	
9.2.6	Anhörung		§ 352 FamFG	
9.2.7	Inhalt des Erbscheins (auch Beschränkungen der Erben)		§§ 2363, 2364 BGB	
9.3	<i>Unrichtiger Erbschein</i>	0,5		
	• Einziehung des Erbscheins		§ 2361 Abs. 1 BGB, § 353 FamFG	
	• Kraftloserklärung		§ 2361 Abs. 2 BGB, § 353 FamFG	
10	Sonstige Zeugnisse	0,5		
10.1	<i>Testamentsvollstreckerzeugnis</i>		§ 2368 BGB, § 354 FamFG	
10.2	<i>Zeugnis über Fortsetzung der Gütergemeinschaft</i>		§§ 1483, 1507 BGB, § 354 FamFG	
11	Nachlasssicherung	1	§ 1960 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
11.1 Zuständigkeit		§ 1960 BGB, § 23a Abs. 1 Nr. 2, § 23a Abs. 2 Nr. 2 GVG, § 342 Abs. 1 Nr. 2 FamFG, § 344 Abs. 4 FamFG	
11.2 Sicherungsmaßnahmen			
11.2.1 Anlegen von Siegeln		§ 1960 Abs. 2 BGB	
11.2.2 Zuständigkeit des Notars bzw. der Gemeinde		Art. 36 AGGVG	
11.2.3 Hinterlegung		§ 1 BayHintG, VSJu 107 (VerwahrBek)	
11.2.4 Aufnahme eines Nachlassverzeichnisses		§ 1960 Abs. 2 BGB	
11.2.5 Zuständigkeit des Notars		Art. 36 Abs. 2 AGGVG	
11.2.6 Nachlasspflegschaft		§ 1960 Abs. 2 BGB	
• Anordnung durch Nachlassgericht		§ 1962 BGB	
• Aufgaben und Stellung des Nachlasspflegers			
12 Die Haftung der Erben	1	§ 1967 BGB	
12.1 Begriff der Nachlassverbindlichkeiten		§§ 1967-1969 BGB	
12.2 Haftungsbeschränkungen			
12.2.1 Nachlassinsolvenzverfahren (Zuständigkeit des Insolvenzgerichts)		§§ 1975, 1980 BGB, §§ 315 ff. InsO	
• Zuständigkeit des Insolvenzgerichts		§§ 315 ff. InsO	

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
12.2.2	Nachlassverwaltung		§§ 1975, 1981-1988 BGB	
	<ul style="list-style-type: none"> • Zuständigkeit für die Nachlassverwaltung 		§ 23a Abs. 1 Nr. 2, § 23a Abs. 2 Nr. 2 GVG, § 342 Abs. 1 Nr. 8 FamFG, §§ 1981, 1975 BGB	
	<ul style="list-style-type: none"> • Aufgaben und Stellung des Nachlassverwalters 		§§ 1984, 1985 BGB	
13	Besondere amtliche Verwahrung von Verfügungen von Todes wegen	4		
13.1	<i>Sinn und Zweck der besonderen amtlichen Verwahrung</i>			
13.2	<i>Ablieferungspflicht</i>		§§ 34, 34a BeurkG, § 78b BNotO	
13.3	<i>Zuständigkeiten</i>			
	<ul style="list-style-type: none"> • Sachliche Zuständigkeit 		§ 23a Abs. 1 Nr. 2, § 23a Abs. 2 Nr. 2 GVG, § 342 Abs. 1 Nr. 1 FamFG	
	<ul style="list-style-type: none"> • Örtliche Zuständigkeit 		§ 342 Abs. 1 Nr. 1, § 344 FamFG	
	<ul style="list-style-type: none"> • Funktionelle Zuständigkeit 		§ 3 Nr. 2c, § 36b Abs. 1 Nr. 1 RPflG, § 6 Abs. 1 Nr. 1 GeschStV	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
13.4 <i>Sicherstellung der Eröffnung verwahrter Testamente (Testamentsregister)</i>		§ 34a BeurkG, § 78b Abs. 2 BNotO, § 347 Abs. 1, 2 FamFG	
13.5 <i>Herausgabe aus der besonderen amtlichen Verwahrung</i>			
13.5.1 Zur Rückgabe an den Testierenden		§ 2256 Abs. 2, 3 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Antragserfordernis, Identitätsprüfung, eventuell Prüfung der Testierfähigkeit 		§§ 2256 Abs. 2 Satz 2, 2272, 2256 Abs. 1 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Rückforderung Hinterlegungsschein 		§ 27 Abs. 6 Satz 4 AktO	
<ul style="list-style-type: none"> • Protokollaufnahme 		§ 27 Abs. 9 AktO	
<ul style="list-style-type: none"> • Herausgabeanordnung 			
<ul style="list-style-type: none"> • Wirkung der Rückgabe, Belehrung 		§ 2256 Abs. 1, 3 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilungspflichten 		§ 347 Abs. 3 FamFG, § 34a Abs. 2 BeurkG	
<ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme eines Erbvertrags aus der besonderen amtlichen Verwahrung 		§ 34a Abs. 2 BeurkG	
13.6 <i>Wiederverwahrung von gemeinschaftlichen Verfügungen von Todes wegen</i>		§ 349 Abs. 2 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
XI. STAATS-UND VERWALTUNGSRECHT			
1 Staatsrecht	15		
1.1 <i>Geschichtliche Entwicklung und Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Die verfassungsgeschichtliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 • Überblick über die Entstehungsgeschichte der Bayerischen Verfassung • Überblick über das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland 			
1.2 <i>Das Grundgesetz</i>			
1.2.1 Das Wesen des Grundgesetzes (Basis unseres Rechtssystems)			
1.2.2 Einordnen des Grundgesetzes in der Rangordnung der Rechtsquellen, insbesondere in seiner Stellung zwischen europäischem Recht und Landesverfassung. Kurzer Überblick über die Entwicklung und Stellung der Europäischen Union und deren Organe.			
1.3 <i>Die Grundrechte</i>			
1.3.1 Überblick über die Grundrechte (unter bestimmten Voraussetzungen kann in Grundrechte eingegriffen werden)		Art. 1-17, 20 Abs. 4, Art. 33, 38, 101, 103, 104 GG	
1.3.2 Das Wesen und die Wirkungen der Grundrechte (die Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat, als Institutsgarantien und als objektive Wertordnung)		Art. 1 Abs. 3 GG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<p>1.3.3 Schutzbereich der besonderen Grundrechte in Bezug auf die spätere Tätigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Verpflichtung der staatlichen Gewalt zur Achtung und zum Schutz der Menschenwürde • Das Recht auf Freiheit der Person • Das Recht auf körperliche Unversehrtheit • Die Freizügigkeit • Die Gleichheit vor dem Gesetz • Die Pressefreiheit • Das Post- und Fernmeldegeheimnis • Die Justizgrundrecht 		<p>Art. 1, 2, 3, 5, 10, 11, 20 Abs. 3, Art. 101, 103, 104 GG</p>	
<p>1.3.4 Einschränkung der Grundrechte und Folgen einer ungerechtfertigten Verletzung der Grundrechte (Verfassungsbeschwerde); detaillierte Kenntnisse über die Verfassungsbeschwerde sind nicht notwendig.</p>		<p>Art. 19 Abs. 1, 2, Art. 93 GG, § 839 BGB, Art. 34 GG</p>	
<p>1.3.5 Hinweis auf die Schadensersatzpflicht aus den Grundsätzen der Amtshaftung</p>			
<p>1.4 <i>Prinzipien der Verfassung</i></p>			
<p>1.4.1 Überblick über die in Art. 20 GG niedergelegten Grundsätze</p>		<p>Art. 20 GG</p>	
<p>1.4.2 Abgrenzung der Republik zu anderen Staatsformen, insbesondere zur Monarchie</p>			
<p>1.4.3 das Demokratieprinzip und der Grundsatz, dass sich alle staatliche Gewalt vom Volk ableitet</p>		<p>Art. 20 Abs. 2 GG</p>	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
1.4.4 das Sozialstaatsprinzip als Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern		Art. 20 Abs. 1, Art. 28 Abs. 1 GG	
1.4.5 Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und Definition der Gewaltenteilung und die Abgrenzung der Aufgaben der einzelnen Gewalten			
1.4.6 Der Begriff und die Definition des Bundestaates (Hinweis auf das Föderalismusprinzip, insbesondere das Verhältnis zwischen Bund und Ländern in den Bereichen <ul style="list-style-type: none"> • Gesetzgebung • Verwaltung • Rechtsprechung 		Art. 20 Abs. 1, Art. 28,30, 37, 70, 83, 92 GG	
1.5 <i>Die Staatsorgane des Bundes und Bayerns sowie das jeweilige Gesetzgebungsverfahren</i>			
1.5.1 Überblick über die verschiedenen Staatsorgane auf Bundes- und Landesebene mit folgenden Begriffen. <ul style="list-style-type: none"> • Bundestag/Landtag • Bundesrat • Bundesregierung/Landesregierung • Bundespräsident • Bundeskanzler/Ministerpräsident • Bundesminister/Landesminister 		Art. 38 GG, Art. 1ff. BV Art. 50 ff. GG Art. 62 ff. GG, Art. 43 BV Art. 54 GG Art. 62 GG, Art. 44 ff. BV	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
1.5.2 Kurzer Überblick über die jeweiligen Aufgaben dieser Bundes- und Landesstaatsorgane			
1.5.3 Das Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und Landesebene in den Grundzügen, insbesondere nur Hinweis auf das Volksbegehren und Volksentscheid sowie des Bürgerbegehrens- und Bürgerentscheid.		Art. 76-82 GG, Art. 71, 76 BV	
2 Verwaltungsrecht <ul style="list-style-type: none"> • Unterscheidung der Bundes-, Landes-, Kommunal- und Justizverwaltung nach ihren Aufgaben • Darstellung der Grundsätze des Verwaltungshandelns, insbesondere: • die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung • das Verwaltungsermessen (Hinweis auf Art. 40 BayVwVfG, § 114 VwGO) • das Willkürverbot • den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz • Aussagen zur Bestimmtheit, zum Grundsatz von Treu und Glauben und zum bürgerfreundlichen Verhalten • Darstellung der Beteiligten und det Ablauf eines Verwaltungsverfahrens sowie der Anfechtungsmöglichkeiten (Hinweis auf Art. 9 ff. BayVwVfG) • Formen des Verwaltungshandelns (mit Beispielen unterlegen), Hinweis auf Art. 35, 54 BayVwVfG • Der Begriff des Verwaltungsaktes mit Kenntnissen über die Wirkungen des Verwaltungsaktes, insbesondere: • die Legaldefinition des Verwaltungsaktes (Hinweis auf Art. 35 BayVwVfG) 	6	Art. 20 Abs. 2, 3 GG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none">• die Bekanntgabe und die Bestandskraft des Verwaltungsaktes (Hinweis auf Art. 41-52 BayVwVfG).• Überblick über die formlosen und förmlichen Rechtsbehelfe mit Darstellung des Zwecks und Ablaufs des Widerspruchsverfahrens (Hinweis auf § 68 VwGO, Art. 15 AGVwGO)• Darstellung des verwaltungsgerichtlichen Instanzenzuges (Hinweis auf §§ 40 ff. VwGO)		Art. 17 GG, Art. 115 BV	

XII. **BEAMTENRECHT**

1 **Beamtenrecht**

Die Bewerber sollen erkennen, warum hoheitliche Gewalt nur von Angehörigen des öffentlichen Dienstes ausgeübt werden kann und warum dies in der Regel Beamte sein müssen. Sie sollen sich als staatliche Hoheitsträger verstehen und daraus ihre Stellung, ihre Rechte und ihre Pflichten ableiten können.

Kurzer geschichtlicher Rückblick:

Antike-Mittelalter, Neuzeit, Weimarer Republik-NS-Zeit, Nachkriegszeit-Moderne

1

2 **Begriff des öffentlichen Dienstes**

2.1 ***Definition – Beamte, Arbeitnehmer, Soldaten, Richter, Beliehene, Verwaltungshelfer***

§ 3 Abs. 1
BeamtStG, Art. 92
GG, § 3 DRiG

- Die Bewerber sollen die grundlegenden rechtlichen Unterschiede zwischen Beamten und Arbeitnehmern darstellen können.

2.2 ***Dienstherrnfähigkeit***

§ 2 BeamtStG

3 **Beamtengesetzgebung**

Die Bewerber sollen die Zuständigkeiten für die Beamten-gesetzgebung darstellen können

3.1 ***Einordnung der wichtigsten Rechtsquellen für Beamte (EU-Recht-Verfassungsrecht-Bundesrecht-Landesrecht-Verordnungen)***

3.2 ***Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Bundesbeamte***

Art. 71, 73 GG

3.3 ***Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz***

Art. 72, 74 GG

3.4 ***Gesetzgebungskompetenz der Länder***

Art. 70 GG, BayBG,
LibG, BayBesG,
BayBeamtVG,
BayDG

4 **Verfassungsrechtliche Grundlagen**

4

Die Bewerber sollen ausgehend von den verfassungsrechtlichen Grundlagen erkennen, welche Bedeutung dem Berufsbeamtentum zukommt.

Art. 33 GG, Art. 94,
95 BV

4.1 ***Institutionelle Garantie – Funktionsvorbehalt***

4.2 ***Verfassungsfunktion und hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums***

- Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis
- beiderseitige Treuepflicht
 - Verfassungstreue
 - Besoldung der Beamten
- Versorgung der Beamten
- hoheitliche Befugnisse
- Leistungsprinzip
 - Auswahlverfahren
 - Beurteilungsverfahren

§ 3 BeamtStG

§ 3 BeamtStG

Art. 96 BV, §§ 7, 33
Abs. 1 BeamtStG

BayBesG

BayBeamtVG

Art. 33 Abs. 4, GG,
§ 3 BeamtStG

Art. 33 Abs. 2 GG

Art 22 LibG,

Art. 54 LibG

- Lebenszeitprinzip
§ 4 Abs. 1
BeamtStG
- Prinzip einer Leistungslaufbahn
Art. 5 Abs. 1 LlbG
- Alimentationsprinzip
Art. 33 Abs. 4, 5
BayBesG,
BayBeamtVG
- Grundsatz der politischen Neutralität
§ 33 Abs. 2
BeamtStG
- Grundsatz der Hauptberuflichkeit
Art. 81, 82 BayBG
- Schutz gegen willkürliche Beendigung des Beamtenverhältnisses
§ 4 Abs. 1
BeamtStG
- Gerichtlicher Rechtsschutz
§ 54 BeamStG,
Art. 7-10 BayBG
- Recht auf Einsichtnahme in die Personalakten
Art. 95 Abs. 5 BV,
Art. 107 BayBG

5 **Einschränkung von Grundrechten**

5.1 ***Die Bewerber sollen erkennen, dass bei Beamten Einschränkungen von Grundrechten möglich sind, soweit dies für die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung erforderlich ist.***

Die Bewerber sollen die Grundbegriffe des Beamtenrechts kennen und erklären können:

5.2 ***Der Beamtenbegriff***

- im strafrechtlichen Sinn
§ 11 Abs. 1 Nr. 2
StGB
- im haftungsrechtlichen Sinn
§ 839 BGB, Art. 34
GG, Art. 97 BV

	<ul style="list-style-type: none">• im staatsrechtlichen – dienstlichen Sinn	
6	Arten des Beamtenverhältnisses	2
6.1	Unterscheidungen	
	<ul style="list-style-type: none">• nach dem Dienstherrn• nach Dauer• nach der fachlichen Qualifikation• nach Laufbahngruppe• nach der Fachrichtung• im organisatorischen Sinn• im statusrechtlichen Sinn• im funktionellen Sinn (abstrakt funktionell, konkret funktionell)• Dienstherr• Dienstherr – Oberste Dienstbehörde• Dienstvorgesetzte – Vorgesetzte• Die Bewerber müssen die Bedeutung der Dienstaufsicht und des Weisungsrechts in Bezug auf ihre Tätigkeit kennen.	<p>§ 2 BeamtStG § 4 BeamtStG § 6 BeamtStG Art. 5 Abs. 1 LIbG Art. 5 Abs. 2 LIbG</p> <p>§ 2 BeamtStG, Art. 2 BayBG Art. 3 BayBG §§ 35, 36 BeamtStG</p>
7	Berufung und Veränderung des Beamtenverhältnisses	<p>§§ 8-12 BeamtStG, Art. 18 BayBG § 7 BeamtStG § 8 BeamtStG</p>

	<ul style="list-style-type: none">• Form und Wirksamwerden der Ernennung• Zuständigkeit der Ernennung	§ 8 BeamtStG, Art. 18 Abs. 3 BayBG Art. 18 Abs. 1 BayBG
8	Inhalt des Beamtenverhältnisses	3
8.1	<i>Pflichten des Beamten</i>	§§ 33-43 BeamtStG, Art. 73-76 BayBG
	<p>Die Bewerber sollen die Pflichten des Beamten kennen und in der Lage sein, ihr eigenes dienstliches und außerdienstliches Verhalten und ihre dienstliche Aufgabenerfüllung nach diesen Vorgaben auszurichten.</p>	
	<ul style="list-style-type: none">• Neutralitätspflicht dem Bürger gegenüber• Mäßigungspflicht bei politischer Betätigung• Dienstleistungspflicht• Pflicht zur Uneigennützigkeit• Verbot der Annahme von Geschenken und Hinweis auf Korruption/Korruptionsprävention• Weisungsgebundenheit und Remonstrationspflicht/-recht• Beratungs- und Unterstützungspflicht• Verschwiegenheitspflicht• Residenzpflicht	§ 33 Abs. 1 BeamtStG § 33 Abs. 2 BeamtStG § 34 S. 1 BeamtStG § 34 S. 2 BeamtStG § 42 BeamtStG § 35 S. 2, 3 BeamtStG, § 36 BeamtStG § 35 S. 1 BeamtStG § 37 BeamtStG Art. 74 BayBG

- Pflicht zum Tragen von Dienstkleidung

Art. 75 BayBG

8.2 ***Folgen der Nichterfüllung dienstlicher Pflichten***

Die Beamten sollen die Voraussetzungen der Haftung des Beamten gegenüber dem Dienstherrn sowie die Folgen der Nichterfüllung von Pflichten kennen. Dabei sollen sie auch unterscheiden können zwischen strafrechtlichen Folgen und disziplinarischen Maßnahmen:

8.2.1 Haftung des Beamten

§ 839 BGB, Art. 34 GG, Art. 97 BV, § 48 BeamtStG

8.2.2 Strafrechtliche Folgen

§§ 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB

- echte Amtsdelikte (strafbegründend)
- unechte Amtsdelikte (strafverschärfend)

§§ 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB

§§ 331, 332 StGB, §§ 340, 348 StGB

8.2.3 Disziplinarrechtliche Folgen

§ 47 BeamtStG, Art. 77 BayBG, BayDG

Sie sollen die Grundzüge des Disziplinarrechts kennen.

8.2.3.1 Disziplinarmaßnahmen

Art. 6 BayDG

- Missbilligende Äußerung
- Verweis
- Geldbuße
- Kürzung der Dienstbezüge
- Zurückstufung

Art. 7 Abs. 1 Satz 1 BayDG

Art. 7 BayDG

Art. 8 BayDG

Art. 9 BayDG

Art. 10 BayDG

	<ul style="list-style-type: none">• Entfernung aus dem Beamtenverhältnis• Kürzung des Ruhegehalts	Art. 11 BayDG Art. 12 BayDG
8.2.3.2	Disziplinarbefugnis, Zuständigkeit und Ablauf eines Disziplinarverfahrens	Art. 18, 19, 20, 23, 33, 34, 35, 42, 43 BayDG
8.3	<i>Rechte des Beamten</i>	
	<ul style="list-style-type: none">• Fürsorgepflichten des Dienstherrn• Alimentationspflicht• Personlavertretung, Gewerkschaften	§§ 43-46 BeamtStG, Art. 87-93, 99, 100 BayBG Art. 33 Abs. 4, 5 GG, BayBesG, BayNeamVG, Art. 96, 102 BayBG Art. 51, 52, 53 BeamtStG
9	Umsetzung, Abordnung, Versetzung und Zuweisung	1 Art. 47-49 BayBG
10	Dienstliche Beurteilung	
	<ul style="list-style-type: none">• Zuständigkeit• Periodische Beurteilung• Probezeitbeurteilung/Einschätzung während der Probezeit• Anfechtung der Beurteilung• Widerspruch• Leistungsklage zum Verwaltungsgericht	Art. 60 LlbG Art. 56, 58, 59 LlbG Art. 55 LlbG Art. 17 GG, Art. 115 BV § 74 VwGO

10.1 ***Dienstzeugnis***

Art. 72 BayBG

11 **Beendigung des Beamtenverhältnisses**

1 § 21 BeamtenStG

- Entlassung (auch auf eigenen Antrag)

§§ 22, 23
BeamtStG,
Art. 56-58 BayBG

- Verlust der Beamtenrechte

§ 24 BeamtStG,
Art. 59 BayBG

- Entfernung aus dem Dienst

Art. 6, 11 BayDG

- Eintritt in den Ruhestand

§§ 25, BeamtStG,
Art. 62, 67, 71
BayBG

- Entlassung von Beamten auf Probe

Art. 23 Abs. 3
BeamtStG

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
XIII. ZWANGSVOLLSTRECKUNGSRECHT			
1 Grundbegriffe des Zwangsvollstreckungsverfahrens	1		
1.1 <i>Stellung des Zwangsvollstreckungsverfahrens im Zivilrechtsstreit</i>			
1.2 <i>Regelung des Verfahrens im 8. Buch der ZPO</i>		§§ 704 ZPO	
1.3 <i>Parteienbezeichnung</i>			
1.4 <i>Möglichkeit der Einflussnahme auf das Verfahren für den Gläubiger nur über seinen Anspruch, z. B. durch Verzicht, Stundung</i>			
1.5 <i>Übersicht über die Einzelzwangsvollstreckungsarten und die zuständigen Vollstreckungsorgane</i>			
1.6 <i>Hinweis auf das Insolvenzverfahren (Gesamtvollstreckung)</i>			
2 Voraussetzungen für die Zwangsvollstreckung			
2.1 <i>Antrag</i>	3	§§ 753 Abs. 1, 754 Abs. 1 ZPO	
2.2 <i>Titel</i>			
2.2.1 Arten der Vollstreckungstitel		§§ 704, 794 ZPO	
2.2.2 Hinweis auf Leistungsbescheid und Ausstandsverzeichnis		BayVwZVG	
2.2.3 Vollstreckungsfähiger Inhalt des Titels			
2.2.4 Urteile ohne vollstreckungsfähigen Inhalt			
• Feststellungsurteil			
• Gestaltungsurteil			

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
2.2.5	Titel für die Vollstreckung hinsichtlich der Kosten ist der Kostenfestsetzungsbeschluss		§ 794 Abs. 1 Nr. 2 ZPO	
2.2.6	Kostenausspruch im Urteil hat mangels Betrags keinen vollstreckbaren Inhalt			
2.2.7	Vorläufige Vollstreckbarkeit der Urteile			
	• Ohne Sicherheitsleistung		§ 708 ZPO	
	• Mit Sicherheitsleistung		§ 709 ZPO	
2.2.8	Rechtskraft (endgültige Vollstreckbarkeit)		§ 705 ZPO	
2.2.9	Folgen der Vollstreckung aus einem vorläufig vollstreckbaren Urteil bei dessen nachträglicher Änderung		§ 717 ZPO	
	• Hinweis auf den Zusammenhang zwischen etwaigem Schadensersatz und Sicherheitsleistung		§ 717 ZPO, § 709 ZPO	
	• Wegfall der Sicherheitsleistungspflicht nach Rechtskraft			
	• Sicherungsvollstreckung		§ 720a ZPO	
2.3	<i>Vollstreckungsklausel</i>	2	§§ 724, 725, (§ 795 Satz 1) ZPO	Zivilprozessrecht
2.3.1	Grundsätzlich keine Vollstreckungsklausel bei			
	• Vollstreckungsbescheid		§ 796 ZPO	
	• Arrestbefehl		§ 929 ZPO	
	• Einstweilige Verfügung		§ 935 ZPO	
	• Europäische Titel		§§ 1082, 1093, 1107 ZPO	
2.3.2	Form der Klausel		§ 725 ZPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
2.4 <i>Zustellung des Titels</i>	2	§ 750 Abs. 1 ZPO	
2.4.1 Hinweis auf die Möglichkeiten der Zustellung von Amts wegen		§§ 166 ff. ZPO	
2.4.2 Auf Betreiben der Parteien		§§ 191 ff. ZPO	
2.4.3 Wirkungen und Zweck der Zustellung			
2.4.4 Zeitpunkt der Zustellung		§ 750 Abs. 1 ZPO	
2.4.5 Bei Parteibezeichnung in der Klausel (Rechtsnachfolgeklausel) zusätzliche Zustellung der Klausel und der Urkunden		§ 750 Abs. 2 ZPO	
2.4.6 Wartefristen		§§ 798, 750 Abs. 3 ZPO	
2.4.7 Hinweis		§ 750 Abs. 1 Satz 2 ZPO	
2.4.8 Wirksamkeit der Vollstreckung, wenn Titel und/oder Zustellung fehlen			
3 <i>Vollstreckungsorgane</i>	3		
3.1 <i>Gerichtsvollzieher</i>		§ 154 GVG	
3.1.1 Beauftragung		§§ 753, 802a Abs. 2 ZPO; GVFV	
3.1.2 Vertretung bei Beauftragung		§§ 79, 80, 81, 88 ZPO, § 753a ZPO	
3.1.3 Wirkungen der Übergabe der vollstreckbaren Ausfertigung an den Gerichtsvollzieher		§ 754 ZPO	
3.1.4 Erteilung der Quittung an den Schuldner, Verfahren bei Teilleistungen, Aushändigung des Titels an den Schuldner		§ 757 ZPO, § 368 BGB	
3.1.5 Befugnisse des Gerichtsvollziehers bei der Zwangsvollstreckung		§§ 758, 758a, 759 ZPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
3.1.6 Zwangsvollstreckung des Gerichtsvollziehers an Sonn- und Feiertagen sowie zur Nachtzeit		§ 758a ZPO	
3.1.7 Protokoll über die Vollstreckungshandlung		§§ 762, 763 ZPO	
3.2 <i>Vollstreckungsgericht</i>		§ 764 Abs. 1 ZPO	
3.2.1 Sachliche Zuständigkeit		§ 764 Abs. 2 ZPO	
3.2.2 Örtliche Zuständigkeit (Ausschließliche Zuständigkeit)		§ 764 Abs. 2 ZPO § 802 ZPO	
3.2.3 Funktionelle Zuständigkeit			
• Rechtspfleger		§ 20 Nr. 17 RPfIG	
• Richter		§§ 4, 20 Nr. 17 RPfIG	
3.3 <i>Grundbuchamt (Zwangssicherungshypothek)</i>		§ 867 Abs. 1 ZPO	
3.4 <i>Prozessgericht der 1. Instanz</i>		§§ 887, 888, 890 ZPO	
4 Einwendungen, Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Zwangsvollstreckungsverfahren			
4.1 <i>Erinnerung gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung</i>	1	§ 766 ZPO	
4.1.1 Sachliche Zuständigkeit			
4.1.2 Örtliche Zuständigkeit			
4.1.3 Funktionelle Zuständigkeit: Richter		§ 20 Nr. 17 RPfIG	
4.1.4 Nur formelle Einwendungen möglich			
• Mögliche Einwendungen			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> ○ Des Gläubigers ○ Des Schuldners ○ Eines Dritten (z. B. Drittschuldners) 			
4.1.5 Keine Hemmung der laufenden Zwangsvollstreckungsmaßnahme durch die Erhebung der Erinnerung		§ 766 ZPO	
4.1.6 Einstweilige Anordnungen des Richters bis zur Entscheidung		§§ 766 Abs. 1, 732 Abs. 2 ZPO	
4.1.7 Erhebung der Erinnerung ist nicht frist- und formgebunden			
4.1.8 Einlegungszeitraum: Solange, wie die Zwangsvollstreckungsmaßnahme noch nicht beendet ist			
4.2 <i>Sofortige Beschwerde</i>	0,5	§ 11 Abs. 1 RPfIG, § 793 ZPO	
4.2.1 Gegen echte Entscheidungen des Richters oder Rechtspflegers im Zwangsvollstreckungsverfahren			
4.2.2 Einlegungsfrist			
4.2.3 Form der Einlegung			
4.2.4 Zuständigkeit für die Entscheidung			
4.3 <i>Rechtspflegererinnerung</i>	0,5	§ 11 Abs. 2 RPfIG	
4.3.1 Statthaftigkeit (gegen Entscheidungen des Rechtspflegers im Zwangsvollstreckungsverfahren, die nach den allgemeinen verfahrensrechtlichen Bestimmungen nicht anfechtbar wären)			
4.3.2 Beispiele für solche Entscheidungen			

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
4.3.3	Form der Einlegung			
4.3.4	Einlegungsfrist			
4.3.5	Abhilfemöglichkeit			
4.4	<i>Vollstreckungsabwehrklage</i>	1	§ 767 ZPO	
4.4.1	Zuständigkeiten			
4.4.2	Anwendungsmöglichkeiten			
	<ul style="list-style-type: none"> • Einwendungen, die den im Titel festgestellten Anspruch selbst betreffen <ul style="list-style-type: none"> ○ Erfüllung ○ Erlass ○ Aufrechnung ○ Verjährung ○ Stundung • Einwendungen müssen nach Erlass des Titels entstanden sein <ul style="list-style-type: none"> ○ Zeitpunkt beim Urteil ○ Zeitpunkt beim Vollstreckungsbescheid 			§ 767 Abs. 2 ZPO § 796 Abs. 2 ZPO
4.4.3	Hinweis auf Notwendigkeit der Vollstreckungsabwehrklage, da das Vollstreckungsorgan bei der Zwangsvollstreckung nicht prüft, ob der Titel noch besteht			
4.4.4	Klageerhebungszeitraum			

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
4.4.5	Inhalt des Klageantrags			
4.4.6	Keine Hemmung der laufenden oder der zukünftigen Vollstreckungsbehandlung durch die Klageerhebung			
4.5	<i>Einstweilige Einstellung oder sonstige Anordnung des Prozessgerichts</i>		§ 769 ZPO	
4.5.1	Zuständigkeit in Eilfällen			
4.6	<i>Dritt widerspruchsklage</i>	1	§ 771 ZPO	
4.6.1	Zuständigkeit			
4.6.2	Anwendungsgebiet <ul style="list-style-type: none"> • Schuldner ist nicht Eigentümer der gepfändeten Sache • Eigentumsvorbehalt 			
4.6.3	Hinweis auf die Notwendigkeit der Widerspruchsklage, da das Vollstreckungsorgan nicht prüft, ob sich die gepfändete Sache im Eigentum des Schuldners befindet			
4.6.4	Klageerhebungszeitraum			
4.6.5	Inhalt des Klageantrags			
4.6.6	Keine Hemmung der laufenden oder der zukünftigen Vollstreckungsbehandlung die Klageerhebung			
4.6.7	Einstweilige Einstellung oder sonstige Anordnungen durch das für die Widerspruchsklage zuständige Gericht		§§ 771 Abs. 3, 769 ZPO	
4.6.8	Zuständigkeiten in Eilfällen			
5	Schuldner- und Gläubigerschutz	2		
5.1	<i>Gütliche Erledigung</i>		§ 802b ZPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
5.2 <i>Vollstreckungsschutz</i>		§ 765a ZPO	
5.3 <i>Einstellung und Aufhebung der Zwangsvollstreckung</i>		§§ 775, 776 ZPO	
6 Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das bewegliche Vermögen	1		
6.1 <i>Inhalt des Urteilstenors</i>			
6.2 <i>Allgemeine Vorschriften</i>		§§ 802a, 803, 804, 806 ZPO	
6.3 <i>Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in bewegliche körperliche Sachen</i>	3		
6.3.1 Zuständigkeit		§ 154 GVG, §§ 753, 755, 802a Abs. 2 ZPO	
6.3.2 Verfahren bei der Pfändung		§ 808 ZPO	
6.3.3 Gewahrsamsbegriff			
• Die zu pfändende Sache befindet sich im Gewahrsam eines Dritten, insbesondere beim Ehegatten		§ 809 ZPO	
• Behandlung (Unterschied herausarbeiten)		§§ 846 ff., § 886 ZPO	
6.3.4 Hinweis auf unpfändbare Gegenstände		§§ 811 Nrn. 1, 5, 6, 811 Abs. 2 ZPO	
6.3.5 Austauschpfändung und vorläufige Austauschpfändung	1	§§ 811a, b ZPO	
6.3.6 Zuständigkeit			
6.3.7 Mehrfachpfändung		§ 826 ZPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
6.3.8		§ 813 ZPO	
6.3.9			
6.3.10			
6.3.11		§ 756 ZPO	
6.3.12		§ 825 ZPO	
6.4	2		
<i>Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in Forderungen und andere Vermögensrechte</i>			
6.4.1		§§ 828 ZPO, § 20 Nr. 17 RPfIG	
6.4.2		§ 851 ZPO	
6.4.3		§ 850b ZPO	
6.4.4		§ 834 ZPO	
6.4.5			
6.4.6		§ 836 ZPO	
6.4.7		§ 835 ZPO	
		<ul style="list-style-type: none"> • Überweisung zur Einziehung • Überweisung an Zahlungs Statt 	
6.4.8			
6.4.9		§ 840 ZPO	
6.4.10		§ 845 ZPO	
6.5	2	§§ 802c ff. ZPO	
<i>Vermögensauskunft und Erzwingungshaft</i>			
6.5.1			

Lernziele		UE	Vorschriften	Bezug
6.5.2	Zuständigkeiten		§ 802a Abs. 2 Nr. 2, § 802e, § 802g ZPO	
6.5.3	Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen			
6.5.4	Verfahren bis zum Termin		§ 802f Abs. 1-4 ZPO, § 802d Abs. 1 ZPO	
6.5.5	Verfahren im Termin		§ 802f Abs. 5, 6 ZPO	
6.5.6	Hinweis auf mögliche Erinnerung		§ 766 ZPO	
6.5.7	Verfahren nach dem Termin		§ 802f Abs. 6, § 802k Abs. 1 ZPO	
6.5.8	Erneute Vermögensauskunft und Nachbesserung (Hinweis)		§ 802d Abs. 1 ZPO	
6.6	<i>Hinweis auf Auskünfte bei den Drittstellen</i>		§ 802l ZPO	
7	Das Eintragungsanordnungsverfahren (kurze Darstellung)	1	§ 882c, § 882d ZPO	
7.1	<i>Das Schuldnerverzeichnis</i>	1	§§ 882b, 882e, 882f, 882g, 882h ZPO	
8	Erzwingungshaftbefehl	2	§ 802g ZPO	
8.1	<i>Allgemeine Voraussetzungen</i>			
8.2	<i>Zuständigkeit für die Haftanordnung</i>		§ 4 Abs. 2 Ziffer 2 RPfIG	
8.3	<i>Verfahren bis zur Herstellung des Haftbefehls und dessen Bekanntmachung</i>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
8.4 <i>Verhaftung</i>		§ 802g ZPO	
8.4.1 Antrag			
8.4.2 Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers für die Verhaftung			
8.4.3 Verfahren bei der Verhaftung (kurze Erläuterung)			
8.4.4 Hinweis auf Möglichkeit, am Haftort jederzeit die Vermögensauskunft abzugeben		§ 802i ZPO	
9 <i>Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen</i>	1	§§ 883-886 ZPO	
9.1 <i>Inhalt des Urteilstenors</i>			
9.2 <i>Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers</i>			
9.3 <i>Verfahren des Gerichtsvollziehers</i>			
9.4 <i>Eidesstattliche Versicherung</i>		§ 883 Abs. 2 ZPO	
9.5 <i>Schadensersatz</i>		§ 893 ZPO	
9.6 <i>Ausschluss der eidesstattlichen Versicherung</i>		§ 884 ZPO	
9.7 <i>Herauszugebende Sache befindet sich bei einem Dritten</i>			
9.8 <i>Behandlung des Verfahrens (Unterschiede herausarbeiten)</i>		§ 886 ZPO, §§ 846, 847 ZPO	
10 <i>Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Handlungen</i>	1	§§ 887, 888 ZPO	
10.1 <i>Zuständigkeit</i>			
10.2 <i>Inhalt des Urteilstenors</i>			
10.3 <i>Verfahren bei</i>			
• Vertretbaren Handlungen			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Nichtvertretbaren Handlungen 			
11 Zwangsvollstreckung wegen Duldungen und Unterlassungen		§ 890 ZPO	
11.1 Zuständigkeit			
11.2 Inhalt des Urteilstenors			
11.3 Verfahren			
12 Verfahren bei Verurteilung zur Abgabe einer Willenserklärung		§ 894 ZPO	
13 Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in das unbewegliche Vermögen	6		
13.1 Zwangssicherungshypothek		§ 866 Abs. 1 ZPO	
13.2 Zuständigkeiten			
13.3 Antrag (Weitere Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen)			
13.4 Verfahren			
<ul style="list-style-type: none"> • Kein Gesamtrecht möglich bei Eintragung, Verteilung der Forderung auf die verschiedenen Grundstücke • Mindestbetrag 		§ 866 Abs. 3 Satz 2 ZPO	
14 Grundzüge und Begriffsbestimmungen des Zwangsversteigerungsverfahrens			
14.1 Stellung des Zwangsversteigerungsgesetzes im Verhältnis zum 8. Buch der ZPO		§ 869 ZPO	
14.2 Zweck der Zwangsversteigerung			
14.3 Gegenstände der Zwangsversteigerung			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
14.4 <i>Beteiligte des Verfahrens</i>		§ 9 ZVG	
14.5 <i>Rangfolge der Forderungen</i>		§ 10 ZVG	
14.6 <i>Zuständigkeiten</i>		§ 1 ZVG	
14.7 <i>Antrag</i>		§ 15 ZVG	
14.8 <i>Sonstige Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen</i>			
14.9 <i>Anordnung der Zwangsversteigerung</i>		§ 15 ZVG	
			<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntmachung des Anordnungsbeschlusses • Hinweis auf Beitrittsmöglichkeit • Grundbuchersuchen auf Eintragung des Versteigerungsvermerks
14.10 <i>Beschlagnahme des Grundstücks und deren Wirkung</i>		§ 19 ZVG	
14.11 <i>Deckungsgrundsatz</i>		§§ 22, 23 ZVG	
14.12 <i>Übernahmegrundsatz</i>			
14.13 <i>Geringendes Gebot</i>		§ 44 Abs. 1 ZVG	
			<ul style="list-style-type: none"> • Bestehenbleibende Rechte • Bargebot • Meistgebot • Verfahren im Versteigerungstermin
		§ 49 ZVG	
		§§ 66 Abs. 1, 73, 74 ZVG	
		§§ 87, 90 ZVG	
			<ul style="list-style-type: none"> • Zuschlag und seine Wirkung • Verteilungstermin

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf die Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft 		§ 180 ZVG	
15 Grundzüge und Begriffsbestimmungen des Zwangsverwaltungsverfahrens			
15.1 Zweck der Zwangsverwaltung			
15.2 Gegenstand der Zwangsverwaltung			
15.3 Hinweis		§ 146 ZVG	
15.4 Zuständigkeiten			
15.5 Antrag			
15.6 Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen			
15.7 Anordnung der Zwangsverwaltung			
<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntmachung des Anordnungsbeschlusses • Hinweis auf Beitrittsmöglichkeit • Beschlagnahmezeitpunkt 			
15.8 Zwangsverwalter			
<ul style="list-style-type: none"> • Besitzeinweisung • Rechtliche Stellung • Rechnungslegung 			
15.9 Verteilung der Einkünfte durch den Zwangsverwalter			
<ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung des Verfahrens 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
16 Insolvenzverfahren, Grundzüge und Begriffsbestimmungen	6		
16.1 Zweck des Insolvenzverfahrens		§ 1 InsO	
• Bei juristischen Personen und Gesellschaften Liquidation oder Sanierung		§§ 42, 728 Abs. 1 BGB, §§ 156, 157, 217 ff. InsO	
• Bei natürlichen Personen Restschuldbefreiung			
16.2 Voraussetzungen des Insolvenzverfahrens		§ 11 ff. InsO	
16.3 Schuldner im Insolvenzverfahren			
16.4 Insolvenzgläubiger		§§ 38 ff. InsO	
16.5 Insolvenzverwalter		§§ 56 ff. InsO	
16.6 Gläubigerausschuss		§§ 67 ff. InsO	
16.7 Gläubigerversammlung		§§ 74 ff. InsO	
16.8 Insolvenzmasse		§§ 35 ff. InsO	
16.9 Zuständigkeiten			
16.10 Eröffnungsverfahren		§§ 17-19 InsO	
16.11 Rechtswirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens		§§ 28 ff. InsO	
• Unterbrechung schwebender Verfahren		§§ 240, 249, 250 ZPO	
• Keine Einzelzwangsvollstreckung mehr möglich		§ 89 InsO	
16.12 Berichtstermin		§§ 29 Abs. 1 Nr. 1, 156 InsO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
16.13 <i>Wahlrecht des Insolvenzverwalters bei noch nicht erfüllten Verträgen</i>		§ 103 InsO	
16.14 <i>Aussonderung</i>		§§ 47, 48 InsO	
16.15 <i>Absonderung</i>		§§ 49 ff., 165-173 InsO	
16.16 <i>Masseschulden</i>		§§ 53 ff. InsO	
16.17 <i>Massekosten</i>		§§ 26, 207 ff. InsO	
16.18 <i>Anmeldung auch nicht titulierter Forderungen</i>			
16.19 <i>Zur Tabelle beim Insolvenzverwalter</i>		§§ 174, 177 InsO	
16.20 <i>Prüfungstermin</i>		§ 29 Abs. 1 Nr. 2, 176 InsO	
• Feststellung der Forderung		§§ 176 ff. InsO	
• Bestreiten der Forderungen		§§ 178 ff., 184, 189 Abs. 2 InsO	
• Gläubigerverzeichnis		§§ 152, 154 InsO	
16.21 <i>Verteilung der Masse</i>		§§ 187 ff. InsO	
• Abschlagsverteilung		§ 187 Abs. 2 InsO	
• Schlussverteilung		§ 196 Abs. 1 InsO	
• Schlusstermin		§ 197 InsO	
• Nachtragsverteilung		§§ 203 ff. InsO	
16.22 <i>Tabelle (Auflage auf der Geschäftsstelle)</i>		§ 175 InsO	
16.22.1 Eintragungen in die Tabelle durch den Insolvenzverwalter		§ 175 InsO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
16.22.2 Zwangsvollstreckung aus einem Auszug aus der Tabelle		§ 201 Abs. 2 InsO	
16.23 <i>Ablehnung oder Einstellung des Insolvenzverfahrens mangels Masse und Eintragung im Schuldnerverzeichnis</i>		§§ 26, 54, 207 Abs. 1, 3 InsO, § 17 AktO, § 882b Abs. 2, 3 ZPO	
16.24 <i>Insolvenzplan</i>		§§ 217 ff. InsO	
• Bei Nichterfüllung Zwangsvollstreckung aus dem Insolvenzplan in Verbindung mit einem Auszug aus der Tabelle		§§ 257, 202 InsO	
• Nicht bei der Verbraucherinsolvenz		§ 312 Abs. 3 InsO	
16.25 <i>Eigenverwaltung des Schuldners, der die Verfügungsbefugnis behält (unter Aufsicht des Sachwalters)</i>		§§ 270-285 InsO	
16.26 <i>Restschuldbefreiung bei natürlichen Personen (Einzelkaufleute, persönlich haftende Gesellschafter und Verbraucher)</i>		§§ 286-303 InsO	
16.27 <i>Verbraucherinsolvenzverfahren</i>		§§ 304 ff. InsO	
16.28 <i>Vereinfachtes Insolvenzverfahren</i>		§§ 311 ff. InsO	
17 <i>Arrest</i>	3	§§ 916 ff. ZPO	
17.1 <i>Zweck des Arrestverfahrens</i>			
17.2 <i>Zuständigkeiten</i>		§ 919 ZPO	
17.3 <i>Antrag</i>		§ 920 ZPO	
17.4 <i>Arrestanspruch</i>		§ 916 ZPO	
17.5 <i>Arrestgrund</i>		§ 917 ZPO	
17.6 <i>Dinglicher Arrest</i>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
17.7 <i>Persönlicher Arrest</i>		§ 918 ZPO	
17.8 <i>Verfahren</i>			
17.8.1 Entscheidung ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss		§ 922 ZPO	
• Bekanntmachung der Entscheidung		§ 922 ZPO	
• Rechtsmittel bei Ablehnung des Antrags			
• Rechtsbehelf bei Anordnung		§ 924 Abs. 1 ZPO	
17.8.2 Entscheidung nach mündlicher Verhandlung durch Endurteil		§ 922 ZPO	
• Bekanntmachung der Entscheidung		§ 922 ZPO	
• Rechtsmittel beachten		§ 545 Abs. 2 ZPO	
17.9 <i>Fristbestimmung für die Erhebung der öffentlichen Klage auf Antrag des Schuldners</i>		§ 926 ZPO	
17.10 <i>Zuständigkeit</i>			
17.11 <i>Vollzug des Arrestes in das bewegliche Vermögen</i>		§§ 928, 930 ZPO	
17.12 <i>Vollziehung des persönlichen Arrestes</i>		§ 933 ZPO	
17.13 <i>Vollziehungsfrist</i>		§ 929 Abs. 2, 3 ZPO	
18 <i>Einstweilige Verfügung</i>	1	§§ 935 ff. ZPO	
18.1 <i>Zweck des Verfahrens</i>			
18.2 <i>Verfügungsanspruch</i>			
18.3 <i>Verfügungsgrund</i>			
18.4 <i>Anzuwendende Bestimmungen des Arrestverfahrens</i>		§ 936 ZPO	

Ausbildungsabschnitt **Fachtheoretischer Lehrgang**
Lehrgebiet: **Zwangsvollstreckungsrecht**

Unterrichtseinheiten **48**

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
18.5 Zuständigkeit		§ 937 Abs. 1 ZPO	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
XIV. FAMILIENRECHT			
1 Das Verlöbnis	1	§§ 1297-1302 BGB	
1.1 Begriff			
1.2 Zustandekommen			
2 Eheschließung	3	§§ 1310-1312 BGB	
2.1 Begriff			
2.2 Ehefähigkeit		§§ 1303, 1304 BGB	
2.3 Hinweis auf Eheverbote		§§ 1306-1308 BGB	
2.4 Ehefähigkeitszeugnis		§ 1309 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 1 BGB	
• Die aufhebbare Ehe		§§ 1313, 1314 BGB	
• Wirkungen der Eheschließung			
2.5 Eheleiche Lebensgemeinschaft		§ 1353 Abs. 1 BGB	
2.6 Ehe name		§ 1355 BGB	
2.7 Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit		§ 1356 BGB	
2.8 Unterhaltsanspruch bei bestehender Ehe und bei Getrenntleben		§§ 1360, 1360a Abs. 1, 4, § 1361 Abs. 1 S. 1 BGB	
2.9 Hausrat und Ehwohnung		§§ 1361a, 1361b Abs. 1, 2 BGB	
2.10 Eigentumsvermutung		§ 1362 BGB	§ 739 ZPO

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzliches Erbrecht 		§ 1931	Nachlassrecht
3 Eheliche Güterstände	3		
3.1 Gesetzlicher Güterstand der Zugewinnngemeinschaft			
<ul style="list-style-type: none"> • Eintritt 		§ 1363 Abs. 1 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Beschränkung der Verfügungsmacht 		§§ 1364-1367, 1369 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Ausgleichsanspruch bei Beendigung des Güterstandes (nur anhand einfacher Beispiele und ohne Verfahrensrecht) 		§§ 1371, 1372 ff. BGB	
3.2 Vertragliches Güterrecht			
<ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Bestimmungen 		§§ 1408, 1410 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Gütertrennung 		§ 1414 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Gütergemeinschaft 		§§ 1415-1419 BGB	
4 Voraussetzungen und Folgen der Scheidung (ohne Verfahrensrecht)	3		
4.1 Voraussetzungen der Scheidung		§§ 1564-1568 BGB	
4.2 Folgen einer Scheidung			
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf Erbrecht 		§§ 1931, 1933, 2077, 2303 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Name 		§ 1355 Abs. 5 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Elterliche Sorge für gemeinsame minderjährige Kinder 		§§ 1671 BGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Umgangsrecht 		§§ 1684, 1685 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Herausgabeanspruch hinsichtlich des Kindes • Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten, dabei auch den Unterhaltsanspruch des Kindes ansprechen • Versorgungsausgleich • Ehewohnung und Haushaltsgegenstände • Ansprüche aus dem ehelichen Güterrecht (Zugewinnausgleich, Gütergemeinschaft, kein Anspruch bei Gütertrennung) (nur anhand einfachster Beispiele) 		<p>§ 1632 BGB</p> <p>§§ 1569, 1601-1603, 1612, 1612a ff. BGB</p> <p>§ 1587 BGB, §§ 1-4 VersAusglG</p> <p>§§ 1568a, 1568b BGB</p> <p>§§ 1372, 1373, 1374 Abs. 1, § 1375 Abs. 1, § 1378 Abs. 1, 1384, 1471 BGB</p>	
5 Hinweis auf Lebenspartnerschaften		<p>§ 1 ff. LPartG, Hinweis auf §§ 2, 3, 5, 6, 7, 9,10, 11, 15, 20a LPartG</p>	
6 Verwandtschaft und Schwägerschaft		<p>§§ 1589, 1590 BGB</p>	
6.1 Abstammung	5	<p>§§ 1591 ff. BGB</p>	
6.1.1 Mutterschaft		<p>§ 1591 BGB</p>	
6.1.2 Vaterschaft		<p>§§ 1592, Nr. 1, § 1593 BGB</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung der Vaterschaft 		<p>§ 1592 Nr. 2, §§ 1594-1598 BGB, § 67 Abs. 1 Nr. 1 BeurkG, § 3 Nr. 1f RPflG</p>	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
• Gerichtliche Feststellung der Vaterschaft		§§ 1592 Nr. 3, 1600d BGB	
• Nichtbestehen der Vaterschaft (Anfechtung)		§§ 1599, 1600-1600b BGB	
6.2 <i>Name des Kindes</i>		§§ 1616, 1617 Abs. 1, §§ 1617a, 1617b Abs. 1 S. 1, § 1618 BGB	
6.3 <i>Unterhaltungspflicht aufgrund Verwandtschaft</i>		§§ 1601-1603, 1612, 1612a BGB	
6.3.1 Grundzüge der materiellen Voraussetzungen		§§ 1601-1603 BGB	
6.3.2 Gerichtliche Geltendmachung des Unterhalts vor dem Familiengericht			
6.3.3 Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger			
6.4 <i>Zeugnisverweigerungsrecht</i>		§ 52 StPO, § 383 ZPO	Strafprozessrecht, Zivilprozessrecht
6.5 <i>Hinweis auf Beistandschaft</i>	3	§§ 1712-1717 BGB	
7 Hinweis zur Adoption (Minderjährigen- und Volljährigenadoption und der Wirkungen)		§§ 1741, 1746 Abs. 1, § 1747 Abs. 1, 2, 4, § 1748 Abs. 1 S. 1, §§ 1749, 1750, 1751 Abs. 1, 2, §§ 1752, 1754-1757 Abs. 1, §§ 1767-1770, 1772 Abs. 1 BGB	
8 Elterliche Sorge	8		

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
8.1 <i>Ausübung der elterlichen Sorge (Personensorge, Vermögenssorge, Vertretung)</i>		§§ 1626, 1626a, 1626c, 1626d, 1627, 1631, 1631a, 1632, 1633, 1666, 1666a BGB	
8.1.1		Ruhen und Beendigung der elterlichen Sorge	§§ 1673, 1674, 1675, 1678, 1680 BGB
8.1.2		Vertretung durch Eltern	§§ 164, 1629 Abs. 1 BGB
8.1.3		Ausschluss von der Vertretung, Ergänzungspflegschaft	§ 1629 Abs. 2 S. 1, §§ 1795, 181, 1909, 1915 Abs. 1 BGB
8.1.4		Familiengerichtliche Genehmigungen	§ 1643 Abs. 1, § 1821 Abs. 1 Nrn. 1, 4, 5, § 1822 Nr. 1, 8, 11 BGB, § 1631b BGB
8.1.5		Wirksamwerden der Genehmigungen	§§ 1828, 1829, 1831 BGB
8.1.6		Vermögensverzeichnis	§§ 1640, 1667 Abs. 1 BGB
9	5	Vormundschaft über Minderjährige	§§ 1773 ff. BGB
9.1		<i>Voraussetzung für die Anordnung der Vormundschaft</i>	§ 1773 BGB
9.2		<i>Anordnung von Amts wegen</i>	§ 1774 BGB, § 168a FamFG

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
9.3 <i>Auswahl und Bestellung des Vormunds, Bestallungsurkunde</i>		§§ 1776-1786, 1788, 1789,1791 BGB	
9.4 <i>Aufgaben und rechtliche Stellung des Vormunds</i>		§ 1793 Abs. 1, §§ 1800, 1802 Abs. 1, § 1803 Abs. 1, § 1807Abs. 1, § 1809 BGB	
9.5 <i>Aufsicht des Familiengerichts und Rechnungslegung</i>		§§ 1837-1841, 1843 Abs. 1 BGB	
9.6 <i>Vertretungsausschluss, Hinweis auf Genehmigungstatbestände</i>		§§ 1795, 1909, 1915 Abs. 1, §§ 1821 Abs. 1 Nrn. 1, 4, 5, §§ 1822 Nrn. 2, 5, 6, 7, 8, 11, 12 BGB	
9.7 <i>Wirksamwerden der Genehmigungen</i>		§§ 1828, 1829, 1831 BGB	
9.8 <i>Ende der Vormundschaft, Entlassung des Vormunds</i>		§§ 1882, 1887 Abs. 1, §§ 1888-1890, 1892, 1893 Abs. 2 BGB	
9.9 <i>Gesetzliche Amtsvormundschaft des Jugendamts</i>		§ 1791c Abs. 1, 3 BGB	
10 Ansprüche und gerichtliche Maßnahmen nach dem Gewalt- schutzgesetz	1	§§ 1, 2 GewSchG	
11 Betreuung eines Volljährigen	6	§§ 1896 ff. BGB, § 271 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
11.1 <i>Voraussetzungen und Auswirkung der Betreuung</i>		§§ 1896, 1908a BGB	
11.2 <i>Auswahl und Bestellung des Betreuers</i>		§§ 1897-1900 BGB	
11.3 <i>Umfang der Betreuung, rechtliche Stellung und Pflichten des Betreuers</i>		§§ 1901, 1902, 1915, 1793 Abs. 1, § 164, § 1908i Abs. 1 S. 1, §§ 1837, 1839, 1840, 1841, 1843 BGB	
11.4 <i>Vertretungsausschluss, Ergänzungsbetreuer</i>		§ 1908i Abs. 1 S. 1, §§ 1795, 1899 Abs. 4 BGB	
11.5 <i>Betreuungsgerichtliche Genehmigungen</i>		§§ 1904-1907 Abs. 1, 3, § 1908i Abs. 1 Satz 1, 1821 Abs. 1 Nrn. 1, 4, 5, §§ 1822 Nrn. 2, 5, 6, 7, 8, 11, 12 BGB	
11.6 <i>Wirksamwerden der Genehmigung</i>		§ 1908i Abs. 1 Satz 1, §§ 1828, 1829, 1831 BGB	Zivilrecht AT
11.7 <i>Einwilligungsvorbehalt</i>		§§ 1903, 108-113 BGB	
11.8 <i>Entlassung des Betreuers, Aufhebung bzw. Änderung der Betreuung</i>		§ 1908b Abs. 1, §§ 1908c, 1908d BGB	
11.9 <i>Hinweis auf Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung</i>		§ 1901a, c, § 1896 Abs. 2 Satz 2 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
12 Pflegschaft	1		
12.1 <i>Ergänzungspflegschaft mit Zuständigkeit</i>		§ 1909 BGB	
12.2 <i>Hinweis auf</i>			
• Abwesenheitspflegschaft		§ 1911 BGB	
• Pflegschaft für die Leibesfrucht		§ 1912 BGB	
• Pflegschaft für unbekannte Beteiligte		§ 1913 BGB	
• Pflegschaft für Sammelvermögen		§ 1914 BGB	
• Abgrenzung zur Nachlasspflegschaft		§ 1960 BGB	
12.3 <i>Stellung des Ergänzungspflegers und Anwendung des Vormund- schaftsrechts durch Verweisung</i>		§ 1915 Abs. 1 BGB	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
XV. FAMFG – ALLGEMEINER TEIL			
1 FamFG - Allgemeiner Teil			
2 Einführung und Anwendungsbereich	2		
<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau des FamFG und die Grundsätze des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Abgrenzung zum Zivilprozess • (Amtsermittlungsgrundsatz, § 26 FamFG, Wahrheitspflicht der Beteiligten, § 27 Abs. 2 FamFG, Hinweispflicht des Gerichts, § 28 FamFG, und rechtliches Gehör, Art. 103 GG, § 27 Abs. 1, § 34 FamFG) 		§§ 1, 113 FamFG	Familienrecht und alle anderen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
<ul style="list-style-type: none"> • Geltungsbereich des FamFG für das Verfahren in Familiensachen sowie in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit 			
<ul style="list-style-type: none"> • Anwendungsbereich des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) auf Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit 		§ 13 GVG	
<ul style="list-style-type: none"> • Aufzählung der Familiensachen und der Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit 		§ 111 FamFG, § 23a Abs. 1, 2 GVG	
3 Verfahrenseinleitung	4		
Antrags- oder Amtsverfahren; (auch auf Antrag möglich) Entgegennahme von Anträgen zu Protokoll beim Urkundsbeamten der Geschäftsstelle		§§ 23, 24, 25, 28 FamFG, § 153 GVG, §§ 5, 7 GeschStV, § 24 RPfIG	
3.1 Sachliche Zuständigkeit		§§ 12, 13, 23a-d GVG	
3.2 Örtliche Zuständigkeit		§§ 2, 3 Abs. 1-3, 4 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
3.3 <i>Funktionelle Zuständigkeit</i>		RPfIG	
3.4 <i>Beteiligte des FamFG-Verfahrens</i>	2		
3.4.1 Abgrenzung der Beteiligtenfähigkeit von der Verfahrensfähigkeit		§§ 7-9, 113 Abs. 1 FamFG	
3.4.2 Ergänzung und Konkretisierung der Beteiligtenstellung durch einzelne Vorschriften des Besonderen Teils (Bücher 2-8) (Beispiele: §§ 172, 188, 204, 212, 219, 274, 315, 345, 412, 418 FamFG).			
3.5 <i>Bedeutung des Begriffs „Beteiligte“ im FamFG-Verfahren</i>			
• „Ist-Beteiligter“ Antragsteller bei Antragsverfahren (formeller Beteiligter)		§ 7 Abs. 1 FamFG	
• „Muss“-Beteiligung kraft Hinzuziehung, insbesondere bei unmittelbarer Betroffenheit (materieller Beteiligter) und bei notwendiger Beteiligung von Amts wegen oder auf Antrag		§ 7 Abs. 2 FamFG	
• „Kann“-Beteiligung von Amts wegen oder auf Antrag (auch bei ideellem oder sozialem Interesse am Ausgang des Verfahrens)		§ 7 Abs. 3, 4 FamFG	
3.6 <i>Auswirkungen der Beteiligtenstellung für das Verfahren und die Folgen der Nichtberücksichtigung eines Beteiligten</i>			
• Die Beteiligten („Kann-Beteiligte“) sind von der Einleitung des Verfahrens zu benachrichtigen (Übersendung des Antrags).		§ 7 Abs. 4 Satz 1 FamFG	
• Die Beteiligten („Kann-Beteiligte“) sind darüber zu belehren, dass sie auf Antrag am Verfahren als Beteiligte hinzugezogen werden können.		§ 7 Abs. 4 Satz 2 FamFG	
• Akteneinsicht		§ 13 FamFG	
• Bekanntgabe von Dokumenten		§ 15 FamFG	
• Folge, wenn Hinzuziehung als Beteiligter („Muss-“, „Ist-“ oder „Kann-Beteiligter“) unterbleibt: Wiedereinsetzung in vorigen Stand		§ 17 FamFG, Art. 103 GG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<p>3.7 <i>Beteiligtenfähigkeit</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Beteiligtenfähigkeit bei natürlichen und juristischen Personen in Anlehnung zum Begriff der Rechtsfähigkeit 		§ 8 FamFG, § 1 BGB	Zivilrecht - Allgemeiner Teil
<p>3.8 <i>Verfahrensfähigkeit</i></p> <p>Begriff der Verfahrensfähigkeit in Abgrenzung zum Begriff der Prozessfähigkeit im Zivilprozess</p> <p>Beachtung der Verfahrensfähigkeit von Amts wegen in jeder Lage des Verfahrens</p> <p>Vertretung nicht verfahrensfähiger natürlicher und juristischer Personen durch ihre gesetzlichen Vertreter (Beispiele: § 1626 Abs. 1, §§ 1626a, 1629 Abs. 1, §§ 1793, 1902 BGB, § 35 GmbHG)</p>		§ 9 Abs. 1-3 FamFG	Zivilprozessrecht - Allgemeiner Teil, Zivilrecht - Allgemeiner Teil
<p>3.9 <i>Bevollmächtigte; Vollmacht</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • im FamFG-Verfahren einschließlich der Beschwerdeinstanz grundsätzlich keine Vertretung durch einen Rechtsanwalt (Ausnahme z. B. für bestimmte Verfahren in Familiensachen nach § 114 FamFG) • für den Fall der Vertretung schriftliche Verfahrensvollmacht zu den Gerichtsakten; ansonsten gelten die allgemeinen Regeln der §§ 81-87, 89 ZPO 		§ 10 Abs. 1-4 FamFG, § 114 FamFG für den Anwaltszwang	Zivilprozessrecht
<p>3.10 <i>Akteneinsicht</i></p> <p>Recht auf Akteneinsicht; das Gericht (Richter/Rechtspfleger) entscheidet über die Akteneinsicht</p>	1	§ 13 FamFG	
<p>3.11 <i>Bekanntgabe</i></p>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
Bekanntgabe von Dokumenten an Beteiligte; durch Zustellung nach ZPO oder durch Aufgabe zur Post oder formlos		§ 15 FamFG, §§ 166-195 ZPO	Zivilprozessrecht
3.12 <i>Fristen</i>			
Lauf gesetzlicher Fristen grundsätzlich mit Bekanntgabe; Berechnung der Fristen nach den Vorschriften der ZPO		§ 16 FamFG, § 222 ZPO	Zivilprozessrecht
3.13 <i>Beweisverfahren</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Amtsermittlungsgrundsatz und Mitwirkung der Beteiligten 		§§ 26, 27 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> • Beweisaufnahme grundsätzlich formlos (Freibeweis); möglich auch förmliche Beweisaufnahme nach den Vorschriften der ZPO (Strengbeweis, z. B. §§177 Abs. 2, 280 Abs. 1 FamFG) 		§§ 29-31 FamFG	Zivilprozessrecht
3.14 <i>Termine und Ladung</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Entscheidung nach freiem Ermessen, ob schriftliches Verfahren durchgeführt oder Erörterungstermin anberaumt wird (Hinweis auf Ladungsfrist) 		§ 32 FamFG, §§ 219, 227 Abs. 1, 2, 4 ZPO	Zivilprozessrecht
<ul style="list-style-type: none"> • Folgen des unentschuldigtem Ausbleibens (Ordnungsgeld, Vorführung) 		§§ 33 Abs. 2, 3, 4 FamFG, Art. 6 Abs. 1 Satz 1 EGStGB	
<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Anhörung der Beteiligten (rechtliches Gehör) 		§§ 34, 28 Abs. 4 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> • Unterscheidung persönliches Erscheinen und persönliche Anhörung 			
3.15 <i>Verfahrensbeendigung</i>	2		
Arten der Verfahrensbeendigung			
3.16 <i>Antragsrücknahme/Beendigungserklärung</i>		§ 22 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
3.17 Vergleich		§ 36 FamFG, § 278 Abs. 6, § 160 Abs. 3 Nr. 1, § 162 Abs. 1 ZPO	Zwangsvollstreckung
3.18 Beschluss als Endentscheidung		§§ 38, 39, 17 Abs. 2 FamFG §§ 15, 40, 41 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> • Form und Inhalt eines Beschlusses (mit Rechtsbehelfsbelehrung); Konsequenzen einer fehlerhaften bzw. unterbliebenen Rechtsbehelfsbelehrung (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand) • Wirksamkeit eines Beschlusses; Form der Bekanntgabe; Unterscheidung Wirksamkeit Rechtskraft eines Beschlusses 			
3.19 Rechtsmittel und Instanzenzug	2		
<p>Rechtsmittel in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Beschwerde, Rechtsbeschwerde, Sprungrechtsbeschwerde); Beschreibung Instanzenzug</p>			
3.20 Beschwerde		§ 58 FamFG § 61 FamFG §§ 59, 60 FamFG § 64 Abs. 2 FamFG § 63 FamFG § 64 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> • Statthaftigkeit • Beschwerdewert oder Zulassung nur bei vermögensrechtlichen Angelegenheiten (gilt auch bei Beschwerde gegen Kostenentscheidungen) • Beschwerdeberechtigung • Adressat (Gericht, dessen Entscheidung angefochten wird) • Beschwerdefrist • Form der Beschwerdeeinlegung (Hinweis, dass für Aufnahme der Niederschrift der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des zuständig ist, soweit die Beschwerde nicht begründet wird, § 153 GVG, §§ 5, 7 GeschStV, § 24 RPfIG) 			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Beschwerdebegründung <p>Beschreibung Beschwerdeverfahren bis zur Entscheidung (Beschwerdegericht grundsätzlich Oberlandesgericht und dessen Besetzung, Ausnahme in Betreuungssachen)</p>		<p>§ 65 FamFG</p> <p>§§ 68, 69 FamFG, § 119 Abs. 1, § 122 Abs. 1 Satz 1 GVG</p>	
<p>3.21 <i>Rechtsbeschwerde</i></p>			
<ul style="list-style-type: none"> • Statthaftigkeit • Adressat (Rechtsbeschwerdegericht) • Frist der Rechtsbeschwerde • Form der Rechtsbeschwerde und Anwaltszwang • Begründung der Rechtsbeschwerde <p>Beschreibung Rechtsbeschwerdeverfahren (Bundesgerichtshof als zuständiges Rechtsbeschwerdegericht und dessen Besetzung)</p>		<p>§ 70 FamFG</p> <p>§ 71 Abs. 1 Satz 1 FamFG</p> <p>§ 71 Abs. 1 Satz 1 FamFG</p> <p>§ 71 Abs. 1 Satz 1, § 10 Abs. 4 FamFG</p> <p>§ 71 FamFG</p> <p>§ 74 FamFG, §§ 133, 139 Abs. 1 GVG</p>	
<p>3.22 <i>Sprungrechtsbeschwerde</i></p>			
<p>Zuständigkeit des (Sprung-)Rechtsbeschwerdegerichts und dessen Besetzung</p>		<p>§§ 75, 61 FamFG, § 566 Abs. 2-8 ZPO, §§ 133, 139 GVG</p>	Zivilprozessrecht
<p>3.23 <i>Anschlussbeschwerde und Anschlussrechtsbeschwerde</i></p>			
<p>Hinweis auf das Wesen der Anschlussbeschwerde und Anschlussrechtsbeschwerde</p>		<p>§§ 66, 73 FamFG</p>	
<p>3.24 <i>Rechtspflegererinnerung</i></p>			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
Hinweis, dass gegen Entscheidungen des Rechtspflegers die Erinnerung statthaft ist, soweit kein anderer Rechtsbehelf möglich ist		§ 11 RPfIG	
4 Rechtskraft und Rechtskraftzeugnis	1	§§ 45, 46, 67 FamFG, § 5 GeschStV, § 153 GVG, §§ 5, 7 GeschStV, § 7 Abs. 1 AktO	
Feststellung der formellen Rechtskraft eines Beschlusses; Hemmung des Eintritts der Rechtskraft mit rechtzeitiger Einlegung des Rechtsmittels oder Rechtsbehelfs; Hinweis auf das Rechtskraftzeugnis und die Notwendigkeit eines eventuell erforderlichen Notfristzeugnisses			
5 Verfahrenskostenhilfe	1	§ 76 FamFG, §§ 567, 569 ZPO	Zivilprozessrecht, (bürgerliche Rechtsstreitigkeiten)
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf Verfahrenskostenhilfe (gleiche Voraussetzungen und unter Anwendung der Vorschriften des Zivilprozessrechts); Ablehnung des Antrags auf Verfahrenskostenhilfe nur mit sofortiger Beschwerde bei Erreichung des Beschwerdewertes anfechtbar 			
<ul style="list-style-type: none"> • in Verfahren mit Anwaltszwang ist bei Bewilligung der Verfahrenskostenhilfe auch ein Rechtsanwalt beizuordnen, wenn kein Anwaltszwang besteht, kann auf Antrag ebenfalls ein Rechtsanwalt beigeordnet werden 		§§ 78,10 FamFG	Zivilprozessrecht
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis, dass in Familienstreitsachen und Ehesachen die Vorschriften des Zivilprozessrechts zur Prozesskostenhilfe direkt anwendbar sind, aber es dennoch bei dem Begriff „Verfahrenskostenhilfe“ bleibt 		§ 113 Abs. 1 FamFG	
5.1 Kosten des Verfahrens		§ 80 FamFG, § 91 Abs. 1 Satz 2 ZPO	
<ul style="list-style-type: none"> • Umfang der Kostenpflicht (Gebühren, Auslagen, Aufwendungen der Beteiligten und Entschädigung des Gegners) 			
<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis, dass für die Kostenfestsetzung die Vorschriften der ZPO (§§ 103 bis 107 ZPO) gelten 		§ 85 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
5.2 <i>Einstweilige Anordnung</i>	2		
<ul style="list-style-type: none"> • einstweilige Anordnung als selbständiges, von einer Hauptsache unabhängiges Mittel des Rechtsschutzes; Wesen und Zweck der einstweiligen Anordnung (Beispiele) 		§§ 49, 51 Abs. 3 Satz 1 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> • Zuständigkeit für die einstweilige Anordnung 		§ 50 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> • Voraussetzungen der einstweiligen Anordnung 		§ 51 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren im Überblick: 			
<ul style="list-style-type: none"> ○ Anhörung der Parteien im Ermessen des Gerichts; Versäumnisentscheidung ist ausgeschlossen 		§ 51 Abs. 2 Satz 2, 3 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> ○ bei Erlass einer einstweiligen Anordnung ist grundsätzlich ein Hauptsacheverfahren einzuleiten; erfolgt dies nicht, muss keine Hauptsacheentscheidung ergehen 		§ 52 Abs. 1 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> ○ das Gericht kann in Antragsverfahren eine Frist zum Anhängigmachen des Hauptsacheverfahrens setzen; die einstweilige Anordnung wird bei fruchtlosem Verstreichen dieser Frist per Beschluss aufgehoben wird 		§ 52 Abs. 2, § 51 Abs. 3 Satz 1 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> • das Vollstreckungsverfahren im Überblick: 			
<ul style="list-style-type: none"> ○ die einstweilige Anordnung bedarf nur in den Fällen der Rechtsnachfolge einer Klausel 		§ 53 Abs. 1 FamFG	
<ul style="list-style-type: none"> ○ Gericht kann die Vollziehung vor der Zustellung anordnen (Hinweis im Hinblick auf Wirkung auf das Wirksamwerden (mit Erlass)), 		§ 53 Abs. 2 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> ○ Bedingungen, unter denen das Gericht die Entscheidung aufheben oder ändern kann; Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung ○ Unanfechtbarkeit der einstweiligen Anordnung, außer in den im Gesetz ausdrücklich genannten Fällen; bei anfechtbaren einstweiligen Anordnungen beträgt die Beschwerdefrist lediglich zwei Wochen 		§§ 54, 56 FamFG	
<p>5.3 <i>Die Vollstreckung verfahrensleitender Anordnungen des Gerichts erfolgt mittels Zwangsgeldes bzw. Zwangshaft und Ordnungsgeld bzw. Ordnungshaft. Die Festsetzung des Zwangs- bzw. Ordnungsmittels erfolgt durch Beschluss. Vollstreckung des Zwangs- bzw. Ordnungsmittels erfolgt durch das Gericht (Rechtspfleger, § 31 Abs. 3 RPfIG).</i></p>		§§ 57, 63 Abs. 2 FamFG	
<p>5.4 Vollstreckung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Besonderheiten der Vollstreckung von FamFG-Entscheidungen 	1	§§ 86, 87FamFG	Zwangsvollstreckung
<p>5.5 Vollstreckungstitel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Titel und deren Vollstreckbarkeit • Vollstreckungsklausel nur dann erforderlich, wenn: <ul style="list-style-type: none"> ○ das Gericht, das den Hauptsachetitel erlassen hat, nicht selbst vollstreckt oder ○ bei der einstweiligen Anordnung im Falle der Rechtsnachfolge. <p>Beispiele, in denen das Hauptsachegericht bzw. ein anderes Organ vollstreckt</p>		§ 86 FamFG § 86 Abs. 3, § 53 Abs. 1 FamFG	
		§§ 88, 95 FamFG	

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Beginn der Vollstreckung grundsätzlich nur, wenn der Titel vorher oder mindestens gleichzeitig dem Antragsgegner zugestellt wurde; Ausnahme: § 53 Abs. 2 FamFG • Anfechtung der Entscheidungen im Vollstreckungsverfahren mit dem Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §§ 567 ff. ZPO analog 		§ 87 Abs. 2, § 53 Abs. 2 FamFG	
5.6			
<i>Vollstreckung nach der ZPO</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Vollstreckung in den in § 95 Abs. 1 FamFG aufgeführten Fällen nach dem 8. Buch der ZPO • Beispiele (§§ 168, 292, 409 FamFG) aufzeigen, bei welchen Geldforderungen die Vollstreckung nach §§ 803 ff. ZPO erfolgt • Aussetzung der Vollstreckung durch das Gericht auf Antrag des Verpflichteten bis zur Rechtskraft • Beispiele „Herausgabe persönlicher Sachen des Kindes“ und „Herausgabe von Nachlassgegenständen“ erklären, (Vollstreckung der Wegnahmevervollstreckung nach den Vorschriften der §§ 883 ff. ZPO oder durch Anordnung von Zwangsmitteln) • Vollstreckung von Verpflichtungen zur Vornahme vertretbarer oder unvertretbarer Handlungen nach den Vorschriften der §§ 887 ff. ZPO • Hinweis, dass Verpflichtungen zum Dulden oder Unterlassen einer Maßnahme nach § 890 ZPO entsprechen. 		§ 95 FamFG § 95 Abs. 1 FamFG § 95 Abs. 3 Satz 1 FamFG § 95 Abs. 1, 4 FamFG § 95 Abs. 1 FamFG § 95 Abs. 1 FamFG	Zivilprozessrecht Zivilprozessrecht, Zwangsvollstreckung

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
XVI. VERWALTUNG DES SCHRIFTGUTES IN JUSTIZVERWALTUNGSANGELEGENHEITEN			
1 Verwaltung des Schriftgutes in Justizverwaltungsangelegenheiten	6	§ 1 Abs. 5 AktO, § 4 Abs. 8 AktO	
1.1 Aufbau des Generalaktenplans			
1.2 Zweck des Generalaktenplans			
1.3 Gliederung des Generalaktenplans			
1.4 General- und Einzelakten			
1.5 Aufstellen der Generalaktenverzeichnisse			
1.6 Bildung des Aktenzeichens, der Geschäftsnummer			
1.7 Allgemeines Schriftgut			
1.8 Behandlung der einzelnen Vorgänge			
2 Führung der Akten und Verwaltung des Schriftgutes in Rechts-sachen			
2.1 Allgemeine Geschäftsordnung im Überblick			
2.2 Einführung		§§ 1-22 AGO	
2.3 Einlaufbehandlung		§ 12 AGO	
3 Aktenordnung			
3.1 Aufbau der Aktenordnung, Anlage I, II und Muster mit Erläuterungen			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
3.2			
3.3			
3.4			
3.5		§ 4 AktO	
3.6			
3.7		§ 5 AktO	
3.8		§ 6 AktO	
3.9		§ 3 Abs. 6 AktO, § 7 Abs. 2 AktO	
3.10		§ 7 AktO	
3.11			
3.12			
3.13			

Lernziele	UE	Vorschriften	Bezug
XVII. HAUSHALTS- UND KASSENWESEN	3		
1 Grundsätze des Staatshaushalts			
1.1 <i>Aufbau eines Haushaltsplans (Hinweis auf Art. 13, 14 BayHO).</i>			
1.2 <i>Das Haushaltsjahr (Hinweis auf Art. 4 BayHO)</i>			
1.3 <i>Gliederung des Haushaltsplans</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtplan, Einzelplan, Kapitel • Titel (Einnahmen/Ausgaben/Personalausgaben), evtl. Rückbuchungen 			
1.4 <i>Unterschriftsbefugnisse und Zuständigkeiten des Fachwirt Justizdienstes, insbesondere im Hinblick auf die Auszahlungen nach dem JVEG</i>			
2 Anordnungsbefugnis in Rechtssachen		VV 2/34 BayHO, Nr. 4 JB VV- BayHO, §§ 5, 7 GeschStVO	
<ul style="list-style-type: none"> • Anordnungsbefugnis in Verwaltungssachen • Feststellung der sachlichen Richtigkeit • Feststellung der rechnerischen Richtigkeit 		VV 2/34 BayHO VV 7/70 BayHO VV 6/70, 8/70 BayHO	
2.1.1 Begriffe „Annahme und Leistung von Zahlungen“		VV 20-23/70 BayHO, VV 27/70 BayHO	
2.1.2 Begriff „Kassenanordnungen“ (allgemein)			
2.1.3 Zahlungsanordnungen		VV 3-4/70 BayHO	

Lernziele	UE Vorschriften	Bezug
<ul style="list-style-type: none"> • Auszahlungsanordnungen • Annahmeanordnung 		
2.1.4 Einlieferungs-/Auslieferungsanordnung		
2.1.5 Änderungsanordnungen		
3 Bedeutung der Auszahlungsanordnung		
3.1 <i>Muss- und Soll-Inhalt der förmlichen Kassenanordnung</i>	VV 2/70 BayHO i.V.m. EDVBK	
3.2 <i>Berichtigung der Zahlungsanordnung</i>	VV 14/70 BayHO	
3.3 <i>Entscheidung, ob eine Zahlung bar oder unbar zu erfolgen hat.</i>	VSJu 840-2 (JMS vom 7.7.2006)	
3.3.1 Begriff der „Gerichtszahlstelle“ sowie ihre Aufgaben und Kontrollfunktionen	Anlage 1/79 BayHO, VSJu 853-3 (ZErgBest)	
3.3.2 Die Aufgaben der Gerichtszahlstelle (Geldannahme, Auszahlung, Abrechnung) <ul style="list-style-type: none"> • Kontrollfunktion (Dienstaufsicht, Rechnungsprüfung, Prüfungszeiträume) • Zahlungsweg 		

Bayerische Justizakademie Pegnitz



Z E U G N I S

Frau/Herr hat vom bis an dem Fachtheoretischen Lehrgang der vorbereitenden Ausbildung für Gerichtsvollzieherbewerberinnen und -bewerber, die nicht aus der 2. Qualifikationsebene stammen, teilgenommen.

Anlagen und Kenntnisse:

Der Bewerber/die Bewerberin hat folgende Leistungen erbracht:

Klausur Zivilrecht/Zivilprozessrecht (vierstündige Aufgabe, zweifach gewertet)

Klausur Zivilrecht/Zivilprozessrecht

Klausur FamFG (Familienrecht, Nachlassrecht, Grundbuchrecht und Handels- und Registerrecht)

Klausur Zwangsvollstreckungsrecht I

Klausur Zwangsvollstreckungsrecht II

Klausur Strafrecht/Strafprozessrecht

Mündliche Note

Fehlzeiten:

Bemerkungen:

Frau/Herr hat den Fachtheoretischen Lehrgang mit dem Gesamnotendurchschnitt

abgeschlossen.

Unterschrift/Siegel

Pegnitz, den